

Die "Weltwirtschaft"
erfolgt während der Welt
und wird die
Expedition, New York, 18.
und durch Adressen zu bestehen.
Preis vierzehn Groschen.
pro Woche zu 9.
Durch die Post bezahlt 18. 50.
frei ins Land 18. 50.
neben dem Ort 18. 50.

Volkswindt

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete

Telephone
Redaktion 3141.

Organ für die werktägige Bevölkerung.

Telephon
Sekretär am Tag 1000
15 Minuten
für Arbeitnehmer, Dienstleute und
Bewohner des Reichsgebietes
15 Minuten
Kaufmännische Geschäfte 15 Minuten
Unterstützung für die arbeitende Bevölkerung
müssen die Betriebe nach den
Gesetzen abgegeben werden.

Telephone
Expedition 1200.

Nr. 279.

Breslau, Dienstag, den 29. November 1910.

21. Jahrgang.

Kaisereden und Reichstag.

Hier als politisch interessanter das Treiben unserer bürgerlichen Parteien verfolgt, wird gegen moralische Glensbilder leicht abgehörbar. Was aber die konservativen Parteien und das Zentrum bei der Besprechung der sozialdemokratischen Kaiseredeninterpellation im Reichstage an Speichelerei getrieben haben, übersteigt das Maß des menschlich Erträglichen. Vor zwei Jahren war es die konservative Partei, die, gewiss nicht ohne gewissenhafte Überlegung und schwerwiegende Gründe, den Kaiser offiziell zur Zurückhaltung von seiner rednerischen Tätigkeit aufforderte. Das Zentrum, auch damals gleich diesem Wunsche u.a. Erklärungen wurden abgelehnt, dieser Seite als Erfüllung ihrer Wünsche betrachtet wurden. Und heute, nach knappen zwei Jahren, soll das alles nicht mehr wahr sein! Was schwarz auf weiß in den stenographischen Protokollen des Reichstages steht, leugnet man mit ehrerster Stärke ab. Es ist im November 1908 nichts verlangt und nichts gewährt worden. Die Interpellation ist überschlags, bloß dem Agitationsschürzen der Sozialdemokraten entsprungen, die Hohenzollern sind eine ausgewählte Sammlung von Instrumenten des Himmels, und die Welt benedict uns um unseren Kaiser.

Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der den großen Aufgang nach Potsdam einleitete. Er war Bülow's Feinde, als die großen Novemberdebatten des Jahres 1908 stattfanden, denen die berühmte Unterredung im königlichen Schloss von Potsdam folgte. Herr v. Bethmann-Hollweg war es, der damals im Auftrage des Reichskanzlers den stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesrats die entsprechenden Mitteilungen machte.

Was enthielten diese Mitteilungen? Ein kostbares Versprechen, für welches das ganze deutsche Volk Sr. Majestät dem Kaiser aus tiefstem Herzen dankbar sein muß — heißt es damals.

Es ist nichts erklärt, nichts versprochen, nichts mitgeteilt worden, heißt es jetzt. Dann muß aber das augenblickliche Ergebnis der historischen Unterredung vom 17. November 1908 ein blauer Dunst gewesen sein, der von der Regierung in Szene gesetzt wurde, um in den monarchisch geprägten Kreisen der Bevölkerung Verhügung zu erzeugen. Das ist damals auch gelungen, obgleich die Sozialdemokratie schon damals die weitere Entwicklung der Dinge bis ins Einzelne vorausgesagte. Was wird aber jetzt aus der "Verhügung", da die Seifenblase zerplatzt ist?

Herr v. Heydebrand, der vor zwei Jahren in der sachlichen Beurteilung der Regierungstätigkeit Wilhelm II. von der Sozialdemokratie gar nicht so weit entfernt schien, übernahm von byzantinischen Beteuerungen und forderte, jeder soll ein Diktator, von dem Reichskanzler neue Aussichten angezeigt gegen den Umsturz.

Der Reichskanzler, obwohl von Heydebrand direkt zur Antwort aufgefordert, brachte nicht den Mut auf, Ja oder Nein zu sagen. Er schwieg und machte sein demütigstes Bedientengesicht.

Herr Liebermann v. Sonnenberg, der einzige Redner vor zwei Jahren, der mit seiner äußeren Kritik der wilhelminischen Regierungstätigkeit die Grenzen des parlamentarischen Zusätzlichen streifte, verlor eine lateinische Erörterung.

Und Herr v. Herlitz, der Zentrumsführer! Der Mann habe vor stilistischer Entrüstung gegen die Sozialdemokratie, die es wagte, zur Sicherung gegen absolutistische Übergriffe verfassungsmäßige Garantien zu fordern. Jeden Augenblick schien es, als wollte der wadere bayerische Reichsrat natürliche Tränen weinen, ob der Unbill, die Unsturztreue dem erhabenen Hohenzollernfürsten zugefügt hatte. . .

Vor zwei Jahren sind Wilhelm II. im Reichstage Aufrichtigkeiten gesagt worden; von Herrn v. Liebermann sogar Großheiten. Und doch ist Wilhelm II. vor zwei Jahren im Reichstage tausendmal besser behandelt worden als diesmal. Jene Aufrichtigkeiten oder Großheiten waren in seiner Weise beleidigend. Beleidigend aber ist die Komödie, die vom Reichstag um seine Person herum ausgeführt worden ist, weil die Zumutung beleidigend ist, die in ihr liegt.

Damals sprachen die bürgerlichen Abgeordneten zu ihm in der Hoffnung, von ihm verstanden zu werden. Diesmal sprachen sie zu ihm in der Hoffnung, er würde nicht merken, was ein Blinder mit dem Stocke sieht — die unaußere Aussicht, die dieser Neubelehrung zum parlamentarischen Kammerdienstertum zu Grunde liegt. In seiner offenen Majestätsbeleidigung wünschte so viel Misachtung liegen, wie in dieser plumpen Schmeichelei.

Das Treiben des schwarz-blauen Byzantinerclubs hat aber zugleich doch den großen Vorteil, aller Welt gezeigt zu haben, wie die Fehler der Monarchen künstlich geschützt werden. Wie Sozialdemokraten haben niemals die Unrechtschaffenheit begangen, eine einzelne Person für das Elend der deutschen Politik verantwortlich zu machen. Schuld trägt vor allem das halb absolutistische System, das die Feuerkugeln, Schmeichler und Speicher, dieses ganze widerwärtige Gescheinde, großzieht und zum eigenlichen Herrn des Reiches macht. Am Sonnabend hat sich diese Gejell-

schaft im Reichstage vor versammeltem Volle demaskiert. Das ist der große Erfolg dieses Tages; man weiß jetzt wenigstens genau, woran man ist.

Friher saß die Namensliste auf Schloss Neuenburg. Jetzt spielt sie Mehrheit im deutschen Reichstage!

Die Debatten lieferen eine geradezu klassische Illustration zu der Juncker- und Scharfmacherparole: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!“ Wenn der König „aus eigenem Recht“ auswärtige Politik treiben will, die auch den kapitalistischen Machthabern unbehaglich ist, wird ihm ratschlos das Papagenoschloß des Königs in Lübeck in Monarchen vor den Mund gelegt; betätigt sich degegen das Instrument des Herrn im Sinne der Mutter und der Tochter, der Juncker und der Scharfmacher, so sind die ehemaligen konstitutionellen Bebenen spurlos in alle Winde geblasen!

In der Form gemäßigt, aber in der Sache scharf und schmiedlos, kennzeichnete Genosse Ledebour in seiner Begründung der sozialdemokratischen Interpellation die letzten Kaisereden als ostentativen Bruch der im Jahre 1908 verhüllten konstitutionellen Garantien, als Rückkehr zu den mittelalterlichen Gottesgnadenanschauungen, die vor zwei Jahren so allgemeine Missbilligung erfahren. In feierlicher Rede, in programmatischen Ausführungen habe Wilhelm II. sich als auerwähltes Instrument des Himmels bezeichnet, eine Ansicht, die jedes Gefühl der Gebundenheit an die verfassungsmäßigen Bestimmungen vernichten läßt. Auch die Aussöhnung des Kaisers, der durch die Höflingsbrille vom Leben des Volkes überhaupt nichts zu sehen scheint, über die Frauen ständen im schroffen Widersatz mit dem wirtschaftlichen Leben und den daraus geborenen Emancipationsbestrebungen des weiblichen Teils der Nation. Und das Wort des Kaisers, daß der Frieden nur auf den Rüstungen beruhe, mache jede offizielle Beteiligung Deutschlands an Friedenskonferenzen zur Farce. Genosse Ledebour entwickelte zum Schluss in kräftigen Bügen das demokratische Programm der Sozialdemokratie, an dessen Verwirklichung auch die bürgerliche Linke ernstlich mitarbeiten müsse, wolle sie nicht völlig abdanken. Das Bürgertum stehe vor einer Schicksalsfrage. Versage es, so werde die Sozialdemokratie allein, der reaktionären, staatsstreitlustigen Sammlungspolitik zum Trotz, den Geist der Zeit zum Siege helfen, „und wenn die Welt voll Teufel wär!“

Was Herr v. Bethmann-Hollweg antwortete, war wieder echter Bethmann: salbungsvolle Inhaltslosigkeit, die bewies, daß der Reichskanzler die, wie Ledebour farblos gemeint hatte, „formalistischen Redewendungen eines Norddeutschen Allgemeinen Subalternbeamten“, wenn nicht selbst verschafft, so doch eifrig memoriert hatte. Mit Geschwätz leugnete er jede Spur absolutistischen, verfassungswidrigen Geistes in den kaiserlichen Reden. Aber schließlich bekannte sich dieser „philosophische“, „moderne“ Geist selbst rückhaltlos zum Absolutismus, indem er behauptete, die preußischen Könige seien in der Tat „ihrem“ Volke gegenüber „Könige aus eigenem Recht“.

In einer großen Schlußrede rechnete Genosse David, nachdem vor ihm schon Payer die größten Ungerechtigkeiten der Scharfmacher zurückgewiesen, mit Bethmann-Hollweg, Herlitz und Heydebrand ab. In der Hand wirkungsloser Blätter aus dem Jahre 1908 wies er die Winkelzüge des Zentrumspredners nach; mit den Worten freikonservativer Blätter, ja eines führenden Zentrumspredners, der „Kölnischen Volkszeitung“, selbst führte er den schlagenden Nachweis, daß auch die Konservativen und das Zentrum die letzten Kaisereden als bestürzten Bruch des offiziellen Gelübdes vom Jahre 1908 betrachtet hatten. Und besonders eindrucksvoll entlarvt und brandmarkt er die arglistige Scharfmacherpolitik des schwarz-blauen Blocks, der aus dem Schulbewußtsein des schlechten Gewissens und nötiger Wahrlangst heraus die Regierung zu einer Knebelungspolitik des Proletariats aufzubringen suchte.

Kreuz und Krone.

In diesen Tagen der Beuroner Kaiserrede, da die Zentrumspredner sich in Versicherungen kaisertreuer Gninnung überbieten, und Freiherr v. Herlitz im Reichstage den Schmeichler macht, sind einige Erinnerungen aus den Tagen der Wahlbewegung von 1907 recht angebracht. Bis zur Auflösung des Reichstags hatte das Zentrum den Kaiser in seiner bekannten widerwärtigen Art umschmeichelt, nach dem 13. Dezember 1906 aber schlug die Stimmung jäh ins Gegenteil um. Jetzt wurde der Kaiser ein „Diktator“, ein „Autokrat“, der sein „persönliches Regiment“ aufzurichten trachtet. „Wider den Absolutismus“ hieß es im Wahlaufruf des Zentrums; und Freiherr v. Herlitz rief aus: „Die Zeiten des Fürstenabsolutismus sind vorüber“. Die erwähnte Korrespondenz zitiert dann noch folgende klerikale Kraftmeiereien:

„Kölnische Volkszeitung“, 1906, Nr. 1113: Man hält das Deutsche Reich für ein Land der Autokratie, eines durch parlamentarische Schändlichkeit notdürftig verbrämten Absolutismus.

„Kölnische Volkszeitung“, 1906, Nr. 1096: Die Volksrecht und Volkswohl, dort zäsuristischer Absolutismus und Baumwirtschaft; das Zentrum verlangt, daß die Regierungsweltode solcher Art, deren Unhaltbarkeit das russische Volk empfindet, in Scheide getrieben werde; wir

protestieren und erheben uns gegen das verfassungswidrige persönliche Regiment. Dem Zentrum erblickt unser weltlicher Ruhm, wenn an seinem Einspruch die Etablierung des persönlichen Regiments in Deutschland gescheitert.

Abgeordneter Trimborn in einer Kölner Versammlung (vom Bericht der „Kölnischen Volkszeitung“, Nr. 1086): Vor dem Kommandostab weichen wir nicht zurück. Wir geben uns niemals davon her, dem absoluten Regiment und dem Kaiserismus den Weg freizugeben.

Abgeordneter Stadtpräfater Kolb, 20. Januar 1907: Man plant, das Volk zu regieren in Form einer absoluten Militärmönarchie, mit einem Reichstag als Feigenblatt für absoluistische Geldfälle.

Das sind nur einige wenige zentrale Stimmen aus dem Wahlkampf 1906/07. Ähnliche Zusammenstellungen sind schon wiederholt gemacht und mit der unsäglich eklatanten Kriegserei verglichen worden, die heute dasselbe Zentrum vor dem Träger der Krone betreibt. Mehr als alles andere, mehr noch als der gemeine Wortsprung in der Steuerfrage, mehr noch als der nichtsugige Berrat in der Wahlrechtsfrage kennzeichnet die wahre Natur des Zentrums diese virtuose Wandlung vom kraftmeiernden Volkstribun zum byzantinischen Speckleiter. Darin offenbart sich ein Maß von Gesinnungslumperei, die schlechterdings nicht mehr überboten werden kann.

Am Tage nach der Interpellation über die Königsberger Kaiserrede veröffentlicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ auf der ersten Seite und in hervorragendem Druck einen durch seine sorgfältigste Denkweise interessanten und überraschenden kaiserlichen Erlass, den sie selber mit Recht als ein weitgehendes „Einiges kommt in dem Thron“ bezeichnet. Der Erlass hat den folgenden Wortlaut:

Wenn wir die gegenwärtigen Zeitverhältnisse betrachten, so finden wir, daß sich in kürzer Zeit vieles geändert hat, und die

dringende Gefahr mit jedem Tage zunimmt. Es gibt daher kein anderes Mittel, als die Verfassung zu beschleunigen.

Nachdem nun heute die Bitte der Volksvertreter einem einrichtigen Wunsche entspringt, und nachdem die Mehrheit der hohen und niederen Beamten in und außerhalb der Hauptstadt sich

für einen raschen Fortschritt ausgesprochen haben, der Volksgeist sich regt und überall nur eine Stimme herrscht, so ist es natürlich, daß das Volk für die Pflichten, die es zu erfüllen hat, auch eine bestimmte Handhabe bekommt. Deshalb fühlen wir uns bewogen, der Bitte von Beamten und Volk Gehör zu schenken und auf die Meinungen und Wünsche des Landes Rücksicht zu nehmen.

Dieser von 18 Mitgliedern des Reichsrats gegenzeichnete Erlass trägt das Datum des 4. November 1910 und ist gegeben im kaiserlichen Palast zu — Peking. Er trägt die eigenhändige Unterschrift des Prinzregenten Tschun, der vor 10 Jahren als chinesischer „Söhneprinz“ in Berlin weilte. Später sandte der Prinzregent eine Verfassungskommission nach Europa, deren Präsident, einem Konsul des „Berl.-Lokalanzeiger“ erklärte, daß das preußische Dreiklassenwahlrecht für China nicht in Betracht komme. Denn dieses, sagte der Präsident der chinesischen Studienkommission, sei zu veraltet. Jetzt wird durch den oben abgedruckten Erlass eine energische Beschleunigung der Verfassungsarbeiten angeläufigt, und in drei Jahren soll in die Reihe der konstitutionellen Staaten ein neues Glied eintreten:

China!

Politische Übersicht.

Die ich rief, die Geister!

So sagt jetzt nicht nur der Berliner Staatsanwalt sondern mit ihm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die sich ganz wider ihre Geplauder in ein „Schweben des Gerichtsverfahren“ hineinmischt. All die schönen Märchen vom „planmäßigen Aufstieg“, von der „sozialdemokratischen Führung“, vom „halb zerstörten Gotteshaus“ sind unter den eidlichen Zeugenaussagen in Nichts zerflossen, statt dessen sind Wirklichkeitszenen über das Vorgehen der Polizei bewiesen worden, die das Blut erstarren machen. In der Pein ob dieses Ergebnisses legt nun die „Norddeutsche“ los:

Wenn sich der Moskauer Krawallprozeß mehr und mehr zu einem politischen Tendenzprozeß entwickelt, so arbeite nicht der Vorsitzende und auch nicht der Staatsanwalt in dieser Richtung, sondern die Vertheidigung, die hier eine doppelte politische Aufgabe vor sich sieht, nämlich die sozialdemokratische Partei von ihrem Teil der moralischen Verantwortung an den Krawallen zu entlasten und die Polizei als einen Teil der Haftanstaltungen nach Russland zu discredithieren. Trotz allen Beweises ist der Beweis, daß die Polizei mit übergrößer Schärfe vorgegangen ist, in letzter Welle erbracht (1) und kann auch nicht erbracht werden. (2) Der Vertrag von der Waffe Gebrauch zu machen, wurde einfach langsam

Wiederholte Versicherungen gegen diese nichts anderes Wird bleibt, als der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Schonung kann dann nicht mehr gelten und Unterschleicher zu wissen. Schuldigen und Unschuldigen können kaum mehr gemacht werden. Die Beamenschaft hat in angestrengeter, gefährlicher Tätigkeit Voll auf ihre Pflicht getan.

Doch Du die Rose ins Gesicht behältst! tostreibe Reiter sagen über diese Freisprechung der Polizei, ehe das Gericht zu einem Urteil kommt. Am besten aber ist der Passus über den "Tendenz"-Prozeß. Viele Tage lang haben sich die Verteidiger bemüht, den groß angelegten Tendenzprozeß zu vermeiden, und all die Unfug-, Beleidigungs- und Bogotatssachen für sich zu erledigen. Jetzt, nachdem die Bemühungen erfolglos waren, der gewollte Tendenzprozeß für den Staatsanwalt aber schief geht — jetzt sind die Verteidiger schuld! Die faule Ausrede wird allenfalls verdeckt weiterleben.

Leider scheint Herr v. Jagow mit seiner Polizei nicht ganz so aufzutreten zu sein, als die "Norddeutsche". Er erschließt nämlich den folgenden originellen Ausruf:

Moabitier Strafprozeß.

Zur Feststellung des tatsächlichen Sachverhaltes ist erwünscht, daß Personen, welche den Straftaten in keiner Weise beteiligt zu sein scheinen, sich auf dem Volksgerichtshof zu Berlin, Zimmer 177, oder auf dem ihnen nächsten Polizeirevier melden.

Der Polizeipräsident

v. Jagow.

Herr, die Not ist groß, wenn der Polizeipräsident schon zu diesem ungewöhnlichen Mittel greifen muß. Wir zweifeln nicht daran, daß sein Ruf erhört wird, die Proletarier in Moabit werden sich massenweise als Zeugen anbieten. Ob er daran Freude haben wird, wollen wir abwarten.

Die neueste Reichsfinanzreform.

In der Kommission zur Beratung der Reichsverzinsungssteuer gab der Schatzsekretär Werner eine längere Erklärung über die Finanzlage und die Erfordernisse der neuen Militärvorlage ab, deren kurz zusammengefaßter Sinn etwa so lautet: Die Reichsfinanzreform von 1909 reicht schon wieder nicht, wir brauchen abermals neue Steuern zu militärischen Zwecken.

Wir hatten gleich bei dem Erscheinen der ersten offiziellen Nachrichten über den Reichshaushalt ausgeführt, daß die 8 Millionen, die im diesjährigen Etat für die neue Militärvorlage eingeschloßt sind, nur die Vorboten viel weiter gehender Forderungen sind. Das wird jetzt durch den Staatssekretär bestätigt, der erklärt, daß der Bedarf der Heeresverwaltung für ein neues Quinquennat festgestellt worden sei, und sich durchschnittlich auf 20 Milliarden stelle. Minder vorsichtig ausgedrückt heißt das, die Militärvorlage fordert im Beharrungszustande einen Betrag von weit über 20 Milliarden, denn die für das erste Quinquennat errechnete Durchschnittszahl ist ja gewonnen unter Berücksichtigung der Summe von 8 Millionen, auf die sich die Forderung der Heeresverwaltung im Jahre 1911 beschränkt, die späteren Bahnen müssen also mindestens 23—25 Milliarden betragen, wenn die Ziffer des fünfjährigen Durchschnitts von 20 Millionen erreicht werden soll. Da nun natürlich nicht daran zu denken ist, daß der Militarismus etwas von dem, was er hat, wieder losläßt, muß nach den neuesten Erklärungen des Schatzsekretärs mit einer dauernden Erhöhung der Militärausgaben in der angegebenen Höhe gerechnet werden.

Nun rechnet der Schatzsekretär damit, daß ihm der Reichstag noch vor dem 1. April 1911 eine neue Steuer, die Reichsverzinsungssteuer, bewilligen wird, von der er fürs erste Jahr 18 Millionen erwartet. Daraus sollen 8 für die neue Militärvorlage, 5 für die Veteranenfürsorge derbwerden werden. Es ist vom Standpunkte des Schatzsekretärs aus durchaus verständlich, daß er sich in der Kommission für ein schärferes Anziehen der Steuerschraube ausgesprochen hat. Denn wenn das Reich die Ausgaben für

die wirtschaftliche und die Weiterentwicklung zu erzielen aus der Reichsverzinsungssteuer bedenkt will, von der etwa ein Viertel an die Gemeinden abgeht, dann wird diese Steuer nicht 18, sondern etwa 40 Millionen jährlich bringen müssen!

Um und für sich steht die Sozialdemokratie dem Gedanken einer Reichsverzinsungssteuer durchaus sympathisch gegenüber. Der Zuwachs an Vermögen, den der Besitzer eines Grundstücks durch die Wertsteigerung des Grund und Bodens erzielt, ist nicht durch die Arbeit des Besitzers, sondern durch die Arbeit der Allgemeinheit geschaffen, und darum ist eine Rückvergütung aus diesem Wertzuwachs in jeder Höhe an die arbeitende Allgemeinheit nur recht und billig. Darum ist auch von sozialistischem Standpunkt gegen eine Erhöhung der Steuerlast nicht das Mindeste einzutwenden. Allerdings würde man sich einer Läuseitung hingeben, wenn man annehmen wollte, daß auf diesem Wege, oder auf ihm allein, eine halbwegs ausgleichige Reichsbesteuerung des Besitzes zu erreichen sei. Die Reichsverzinsungssteuer kann die Reichssteuern kommen, Reichsverzinsungssteuer, Reichsverzinsungssteuer ergänzen, aber nicht ersetzen.

Alle Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß die bürgerlichen Parteien weiter nichts als ein recht lämmliches Steuergesetz zu stande bringen werden, und daß man später, wenn die Reichsverzinsungssteuer nicht die zur Deckung des Defizits nötigen Ergebnisse bringt, wieder zur alten Stube, zur indirekten Besteuerung der Lebenshaltung der Massen, zurückkehren wird. Jetzt vor den Wahlen will man natürlich nichts vergleichbares wahrhaben, sondern verbüßt sie in religiöser Schleier, was in der Bevölkerungshintergrund sehr schwammert.

Einstweilen genügt die Tatsache, daß man ein Jahr nach der durchbohrten Steuerschärfung schon wieder in Geldsorgen steckt, um die altdiskutierten Steueransprüche des Zentrums und der Jungen in das richtige Licht zu setzen. Nach dem Goldtarif von 1902 kam die Stengelsche Finanzreform von 1906, ihr folgte die große schwabische Finanzreform von 1909 und schon ist wieder eine allerneueste Finanzreform von 1911 im Anzug, die den Keim neuer Steuererhöhungen in sich trägt. Ein Fas ohne Boden wird eben niemals voll!

Was die Jungen verlangen! Es ist erstaunlich, Welch unerhört maklose und unverschämte Forderungen die Agrarier erheben. In Ostpreußen herrscht — trotzdem seit Jahren kein Stück Vieh über die Grenze gekommen ist — andauernd die Maul- und Klauenseuche, und die Jungen wissen nicht, wie sie diese Seuche zum Erlöschen bringen können. Im Beisein von Regierungsvertretern hat in diesen Tagen die Delegiertenversammlung des landwirtschaftlichen Centralvereins für Ostpreußen stattgefunden, und hier hat man — weitere Anreihung der Landarbeiter und Schließung der Schulen als Mittel zur Unterdrückung der Maul- und Klauenseuche empfohlen. Es wurde über den Antrag verhandelt, der Centralverein wolle an zuständiger Stelle dahin wirken, daß das Viehseuchengesetz einige weitere Bestimmungen erhält, und daß eine Polizeiverordnung erlassen wird, um der Einschleppung und der Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche wirksamer wie bisher zu begegnen.

Der Departementierarzt Dr. Mehrdorf hatte in einem Schreiben zum Ausdruck gebracht, daß die Verschleppung der Maul- und Klauenseuche und ihre Ausbreitung im wesentlichen auf zu späte Anzeige des Ausbruchs der Krankheit und in einzelnen Fällen in der Nachbefolgung der angeordneten Maßnahmen zu suchen seien. Der Referent dieser Vorlage, Freiherr v. Teitau-Tolks-Schaphausen meinte, sehr viele Einschleppungen fänden heute durch russische Saisonarbeiter statt. Es sei deshalb eine Desinfektion der Saisonarbeiter an der Grenze zu fordern. Eine weitere Ursache sei auch in dem Umherlaufen der Schweizerknechte zu suchen. Abuhelfen sei hier nur dadurch, daß diese unter die Gewürdebindung kämen!

Es sei endlich mit gleicher Sicherheit festgestellt, daß im Jahre 1892 die Seuche durch Schulkinder verschleppt sei. Es sei deshalb zu fordern, daß der Schul- und Unterichtsbefehl in verfeuchten Gegenden aufgehoben werde! Zu fordern sei auch ein Schadensersatz durch den Staat für Schäden, die durch Sperrmaßregeln entstehen.

Diese Forderungen mußte selbst der Regierungsvorsteher bekämpfen. Trotzdem wurden die Anträge des Referenten von der Delegiertenversammlung durchweg gutgeheissen. Es wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, nach dem allen Viehwärtern, Fütterern und Meltern ohne Desinfektion und ohne Genehmigung das Verlassen verfeuchter Gebiete verboten werden soll.

Das Zentrum und die Beuroner Rede Wilhelms II. Einmal wird beginnen ehrliche Zentrumsbücher einzutragen, daß die stark an die Geblossenheiten der Goldenen 110 gemahnende Abschaffung der Beuroner Rede Wilhelms II. das Konzil der Partei belasten könnte. So schreibt die "Widderliche Volkszeitung" unter dem Titel "Eine Herzensangelegenheit des deutschen Volkes":

"Was liegt es denn am letzten Ende, wenn wir den Kaiser in seinen Reden auf unserer Seite haben und die Minister in ihren Lügen gegen uns haben. Da kommen unsere Ideale zur Geltung. Also schon darum mehr Zurückhaltung! Man mag keine Freude an dienlichen Kundgebungen haben, aber es ist politisch nicht klug, es mit Orgelflangu und Glorification in alle Welt zu rufen. Man zeigt darum nur die Gegner; das ist in unseren Zeitungen etwas rechtlich geladen. Wenn wir die getanen Verfehlungen der letzten Wochen überblicken, so kommen wir eben zu dem Schluss, daß mehr Zurückhaltung in der Verbreitung der Kundgebungen das Beste ist; dann steht man dem Kaiser, dem monarchischen Idee, dem Staate und seinen Helfern. Das Parteileben wird dann nicht verschreckt durch Verurteilungen auf den Kaiser oder Kaiser gegen ihn. Ganz bei der kapitalistischen Art des Kaisers ist keine Partei, die davor gesichtigt, daß sich das Kaiserwort auch leicht bestimmt gegen sie richten kann. Wie im Zentrum wenigstens haben es schon wiederholts erlebt. Wir haben doch den 18. September 1906 nicht schon wieder vergessen? Unsere Zeit lebt sehr wohl rasch, aber nur keine falsche Vertraulichkeit!"

Diese Warnung kommt zu ungelegener Zeit. Gerade in dem Augenblick, wo das Zentrum im Reichstage einen Anteil hat.

Reichsverzinsungssteuer und Hausbesteuer. Die im Berlin Schumann vermittelten Hausbesitzer Deutschlands nahmen, nachdem mehrere Reden gesprochen, folgende Entschließung an:

"Die heute in Berlin versammelten Hausbesitzer Deutschlands legen entschieden einen Protest gegen die Einführung einer Reichsverzinsungssteuer, als einer weiteren Sondersteuer auf den Grundbesitz. Sie erwarten, daß der Reichstag sie ablehnt. Abgesehen von allen den Hausbesitz treffenden Schäden, verhindert sie die Baulosigkeit, verunsichert die Witten, trifft nicht das Großkapital, ist mittelstandsfeindlich und wirkt ungünstig. Ihr Beitrag wirkt in Mitteldistanz auf die Gebäudetypen und die Verminderung der Umlaufzettel gleich Null."

Die Zahl der Teilnehmer an der Versammlung betrug ca. 6000. Eine zweite, von etwa 1000 Hausbesitzern befreite Versammlung wurde im Norden der Stadt unter der Leitung des Stadtrats Hirschfeld abgehalten. Ein näherer Bericht über die interessante Versammlung folgt.

Freische Sprache. Angriffsrede der "Berliner Zeitungen" bei Reichsdeputierten, der den Fürsten Bildow als einen gegen den Kaiser frontirenden Vertreter hinstellte, gibt der "Hamb. Korresp." den fehlenden Reichsländer den Rat, sein Schweigen zu brechen und den aktiven und außenstaatlichen Maßnahmen mit festem Griff ein Ende zu machen. Das Hamburger Blatt schreibt:

Dem Parteienteilchen der Konservativen das Opfer zu bringen, daß er sich verleumden läßt, damit sie als von ihm verführte Schädlinge nachrichtlich Bekämpfung finden, hat Kästner Bildow denn doch keinen Anlaß. Selbst auf die Gefahr hin, daß Anstand zum Geigen all der Niederräckigkeiten zu machen, mit den Vorsitzenden und Strebewilligen auf keine Kosten Zug und Trug verzichten, sollte Kästner Bildow jetzt einmal fest zugreifen. Die Drahtzieher und ihre Helferhelfer sind bekannt. Sie würden seinem Griff nicht entgehen.

Bei uns nannte das Bildow Sonderdienst, wie nennt es bei seinen Freunden?

Reichsversicherungsbundeskommision. In der Sitzung am Freitag wurde mit der Beratung des vierten Buchs der Invalidenversicherung begonnen. Eine sehr ausgedehnte Debatte entfaltete die Frage, ob Techniker und Chemiker, die eine Hochbildung besitzen, auf ihren Antrag von der Versicherungspflicht befreit werden könnten. Dieses Verlangen läßt sich im wesentlichen auf eine Petition des Vereins der Diplom-Ingenieure, die aus Standesdienst es ablehnen, einer Versicherung unterstellt zu werden, die für die Arbeiter berechnet ist. Die Regierungsvorsteher bestätigte den An-

Flammen.

Roman von Wilhelm Heyges

94

(Nachdruck verboten)

Nun entflammte ein erbitterter Streit. Wie ein Mann stanzen alle zusammen und betrüdeten das Leben gegen Doktor Blaum. Woll mit dem Entzugsraum des jungen Menschen, dem ein wunderbares Zukunftsgesicht die Gegenwart verleiht, der Major trug seiner Schmerzen und seiner im geheimen trüben Sehnsucht aus ehrlichem Gerechtigkeitsinn. Marie Luise mit dem Bedürfnis der Frau, das Gute zu sehen und zu trösten, als könnte sie mit ihren leichten Worten dem Schwager die düstere Seele erheitern. Am eifrigsten von allen aber sprach Grabaus. Für ihn, der im heranwachsenden Hochgefühl seiner noch langen Schlummer frisch erwachten Kräfte in einem Unglück mit Störungen und Hindernisse lag, die er sich stark genug fühlt zu überwinden, war dieser trüste Sohn etwas an Hoffnungsvollen Glanzendes. Er sprach mit leidenschaftlicher Einfühlung, ebenso extrem, ebenso leidenschaftlich abwogenden Verstandesgründen wie sein Gegner. Die Seele erfüllt vom Glanz Marie Luisens, dieses er die Schönheit der Welt wie jemand, der im hellen Dämmer sieht zu einem, der sich ins Dunkle verabscheut hat, trübe mit den Augen blinzelt und über Hinterlist und Rüte läugt. Aber er hätte gut reden. Der andere schriftete mit dem Major, daß seine Worte alle Widerprophete, die er herausbeschworen. Die Schönheit der Natur — jawohl! Doch wer näher zusieht, jahrt erbitterten Kampf ums Dasein. Die Lebenskunst des gerührten Menschen — jawohl! Aber wenn die Krankheit einen heftigen Anfall — jawohl! Wer der stumppflaumige Slavenherr derstitution, die sich ums trockne Brod abtaderten. Das Glück der Freundschaft, Liebe, Freiheit, Autonomie: herzliche Thränen! Aber die Wirklichkeit? Bettzug, Schwinde, Reib, Lüg, Ausbeutung.

Das war keine objektive Debatte mehr. Ohne es zu wollen sagten sich die beiden schließlich die schönsten Großheiten. Der eine sprach von oben Pessimismus, der andere von verlogener Schlußfolgerung. Vergesellschaft hatte der Major eingeknickten verachtet. Schlußfolgerung ließte er die Eltern voll und forderte die erhabenen Elterntreter zum Aufstoßen auf. Aber noch ehe er trat, entblößte Doktor Blaum mit zornigstem Gesicht:

„Den ich nach einem Kindergarten mache. Und wenn den Menschen nicht der gemeine Zustand am Leben bleibt —

„Und ich sage: wenn ich heute frank würde, wenn alles Unglück der Welt über mich herunterbräche, so würde ich doch trotzen, das Leben zu preisen, das dem Menschen Entwicklungstrange in die Seele gelegt hat und ihn vorwärts treibt zu unbekannten Zielen.“

Dann wurde es schließlich still. Beim Abschied aber hatten beide, Grabaus sowohl wie Doktor Blaum, das Gefühl, unverhältnisame Gegner zu sein, die sich am besten aus dem Wege zu bringen.

Wie die Morgensonne über einer schlummernden Landschaft war in Grabaus die Liebe aufgegangen. Den grauen Himmel überstülpt ein schimmernder Hauch, bis dahin unsichtbare Wölfe beginnen durchsichtig zu erscheinen, Nebel zerreißen sich, und aus dem wehklagenden Dunkl erhebt sich das prangende Grün der Wiesen, der schwere Goldgelben reifenden Orts. Was eben noch ungesehene rote Rassen waren, gliedert sich nun zu tausendfachem Leben. Da erfreut dich nicht mehr die dunkle Waldmähne, sondern tauftreue Bäume regen sich und an jedem wundertäuschen Blätter, von denen jedes seinen eigenen Glanz, eine eigene Glücksprache hat. Auf den Wiesen summen Millionen Gräser, Millionen Blumen wenden ihre Köpfe dem Lichte zu. Ein Thor lautet und leiser Stimmen erfüllt den weiten Raum vom schlüpfenden Birken der Heilige bis zum schmetternden Gezwitscher der Lerche in blauer Luft. Ein so vielgestaltiger Reichum ist in wenigen Augenblicken aus schwarzen Nichts entstanden, daß dieser alltägliche Vorgang des Sonnenaufgangs uns immer als ein Wunder erscheint. Ebenso war in Grabaus die Liebe erwacht, wie der junge Tag, wie die aufgehende Sonne, wie der wunderbarste und doch natürliche Vorgang von der Welt.

Wenn ihm in dieser Welt ein berüttelter Greund, der um sein Geheimnis wußte, Vorwürfe gemacht hätte, so hätte er ohne Angst im aufrichtigsten Glauben geantwortet: „Wie kann das etwas Schlechtes sein, was mich besser, stärker, mutiger und reicher macht? Wie kann die Liebe sündhaft sein, die die Liebe zu allen Menschen in mir steigert, die mich aus dem gemeinen Alltagstrotz herausreißt und meiner Sehnsucht Schwingen gibt, um mich zu hören, reinste Zelen zu ercheiden?“ Er, ein verachteter Mann liebte die Frau eines anderen. Sie konnte er sie ertragen. Aber trachtete er danach? Er durfte von sich sagen, daß er sich in der Nähe Marie Luisens leise und zeitig fühlte wie in der Nähe seiner Schwester oder Mutter. Er begrüßte nichts und erfreute nichts. Er war beglückt von der Freiheit, die in seiner oder langer Zeit wiederleben zu können. Und sein Verlangen war schon fast gestillt, wenn sie in der stillen Arbeitsstube vor sein Auge trat, im Glanz des Feuers.

wie er sie an jenem Abend gesehen hatte, wenn er sich ihre Worte wiederholte und in stummer Zwiesprache mit ihr austauschte, was sein Innern bewegte.

Gell schwiege ihr Bild ihm vor, einen verklärenden Schein auch über die ergiebige, die ihr nahe standen. Er hatte sich in Wolf verliebt, weil er ihr Bruder war, und gewann auch den Major immer lieber, zu dem er ausblieb voll Sympathie und Bewunderung. Und wenn etwas wie Gell oder wie ein Wunsch sein Herz beschäftigt, so war es doch kein wirklicher Wunsch und kein wirklicher Wunsch. Es war, wie man wohl auf Märchenwesen neidisch ist, oder wie man sich wünscht fliegen zu können, ein Gefühl, dem das Bewußtsein der Unmöglichkeit Stachel nimmt. Doch überwog das Glück alles, seine Liebe gleich hellem Morgenglanz, nicht sengender Mittagsglut.

Aber seitdem er in Weimar Marie Luise wiedergesehen hatte, brachte sich ihm immer wieder eine andere Vorfassung auf. Er sah sie im Lichtchein der Lampe lächeln, wie beim Sprechen ein rosiger Blutschimmer ihre zarten Wangen färbte, wie ihre Augen aufstrahlten, er sah sie durch die hohen Räume schleichen, in diesem leichten, schwelenden Gang, von ihrer Kraft und Jugend förmlich getragen. Dann sah er den Major, dessen an diesem Tag so blaßes Gesicht um die Augen von unzähligen kleinen Fältchen durchfurcht war, der trotz seines tapferen Lächelns einen so kranken, müden, hilflosen Eindruck gemacht hatte. Und dann der Schwager — in seiner finsternen Ecke wie ein zusammengekrümmtes Urwaldtier hockend, knurrig, mißrutschig, Unbehagen und dumpfes Grauen verbreitend.

So, in dieser Umgebung stellte sich Grabaus jetzt Marie Luise vor. Und wenn er nun an sie dachte, ergriff ihn manchmal ein plötzlicher Zorn, ein Gefühl rasender Angst, und in seinem Innern stellte sich folgender Vorgang ab. Er trat auf sie zu, ergriff ihre Hand und sahte sie an, zu lächeln. Sie lächzte fort! Sie konnte hier ja nicht glücklich sein! Sie mußte ja zugrunde gehen!

Schmerzliches Mitgefühl und gleichzeitig hebende Durchdringen von wild drängenden Stimmen seines Innern mischte sich jetzt in seine Gedanken. Dazu wurde seine Sehnsucht, sie wiederzusehen, immer ungehemmt. Mit Ungebild zählte er die Tage. Und tausend Fragen über ihr Los richtete er in gräßischen Stunden an sie. Das war nicht mehr stumme Zwiesprache mit dem leichten Schatten seiner Phantasie, sondern ein banges Fragen, auf das er mit quäloller Ungewissheit Antwort von ihr erwartete.

In dieser unruhigen Stimmung erhielt er ein Anwärter, über das er zu anderen Seiten vielleicht etwas geringfügig erläutert hätte, das er jetzt aber ohne lange Verzögerung nahm.

(Fortsetzung folgt.)

fragt, weil es eine zu unzureichende Beurteilung warben, wenn es sich schwer zu sagen, welche Inflüsse kommen in Betracht als Hochschulen, können z. B. Müller, die eine Miss-Hochschule nicht haben, beantragen, von der Versicherungspflicht befreit zu werden. Die Einwände wurden von den bürgerlichen Parteien nahezu einstimmig abgelehnt. Von Dr. Wugdahn wurde der Antrag mit großem Nachdruck vertreten und betont, man sollte nicht vor ihnen in die Versicherung einsteigen, die Aussicht habe, in späteren Jahren zu einem Einkommen zu gelangen, wo ein Einvernehmen für diese Versicherung nicht mehr berechtigt. Von unseren Genossen wurde dem entgegengehalten, daß die Versicherungspflicht sich ja nur erkläre auf Personen, die bis zu 2000 Mark Einkommen haben. Stellte man sich auf den Standpunkt des Dr. Wugdahn, dann müßte man auch die Versicherung von Privatbeamten ablehnen. Der Bund der technisch-industriellen Beamten habe aber auch die Versicherung, die besser gestellten Privatbeamten gefordert und das Verlangen des Vereins der Diplomingenieure zurückgewiesen. Dr. Wugdahn meint demgegenüber, der Bund der technisch-industriellen Beamten strebe daran, die technischen Angestellten mit den Arbeitern gleichzustellen das sei ein verfechter Standpunkt. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen unserer Genossen und des soßen angenommen.

Wahlvorbereitung. Der nationalliberale Landesverband ist das Königreich Sachsen wird versuchen, mit der fortgeschrittenen Volkspartei ein Abkommen zu treffen. Die Befürwortung, daß ein nationalliberal-konservatives Kompliment in den Wahlkreisen Dresden-Alstadt und Freiberg auslaufen geschehen sei, ist falsch. — Die Christlich-Sozialen haben sträflich beschlossen, im Kreisreiter, insbesondere in den Kreisen Hamm, Dortmund, Bochum, Essen und Mülheim-Duisburg eigene Kandidaten aufzustellen.

Ausland

Aus dem russischen Gewerbeleben.

Bei kurzem Saans eine Konferenz der S. D. P. u. Z. -Partei Russisch-Polen und Litauen statt, die von allen größeren Organisationen in Russisch-Polen beobachtet wurde. So waren — durch je zwei Delegierte — vertreten die Organisationen in Warschau, Lublin, Czestochau und Tomaszow-Sosnowice. Sämtliche Delegierte waren Arbeiter, ein charakteristisches Zeichen dafür, daß fast die gesamte Parteiarbeit in die Hände der vorgechristenen Arbeiter übergegangen ist.

Die Verteilung der russischen Arbeiterbewegung hat sich auch in Russisch-Polen bemerkbar gemacht, wo sie sogar noch stärker hervortrat, als im übrigen Russland. Die Stellung des verflossenen Sommers hat in Russisch-Polen ziemlich breite Wassen auf den Kampftross getrieben. Und die ganze Arbeit der Konferenz, die vier Tage wähnte, stand unter dem Zeichen dieser Belebung. Die Berichte der lokalen Organisationen atmeten frischen Kampfesmut. Wie schwer die R. "e, wie grausam die Verfolgungen auch sind — und sie bewegt sich doch!"

Von den angenommenen Resolutionen ist von prinzipieller Bedeutung die allgemeine Resolution, in welcher die vor unseren Genossen in Russland stehenden revolutionären Aufgaben noch wie vor untersetzt werden. Eine andere Resolution behandelt die Zusammensetzung der sozialdemokratischen Dumafraktion. Die Konferenz weist darauf hin, daß die Tätigkeit der sozialdemokratischen Dumafraktion in letzter Zeit die Bedürfnisse und Bestrebungen des Proletariats im ganzen Reich und im Garant-Polen im besonderen viel umfassender und richtig widergespiegelt. Die Dumafraktion habe im allgemeinen in den Fragen, die Polen betreffen, eine richtige Stellung eingenommen, die den Interessen des polnischen Proletariats entspricht, und nicht wenigen dazu beigetragen, dem Polenkolo, „diesen Verträtern und Betrügern der polnischen Nation“, die Maske vom Gesicht herunter zu reißen.

Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit den Fragen betreffend die Gewerkschaften, Genossenschaften, kulturellen und Bildungsvereine und erkannte die Notwendigkeit an, Versuche zur Legalisierung der Gewerkschaften zu unternehmen. Innerhalb der letzteren müßten aber stets illegale sozialdemokratische Gruppen bestehen, die den Tell der Arbeit auf sich nehmen müßten, für welchen die Gewerkschaften als solche der Auflösung verfallen könnten. Einstimmt wurde auf der Konferenz die Notwendigkeit anzuerkennen, die bestehenden „legalen Mädelchen“ auszunutzen und die illegale sozialdemokratische Tätigkeit mit der legalen zu vereinigen.

Wahlvorbereitung in England. Die englische Arbeiterpartei stellt in 75 Bezirken Kandidaten auf. Bei den letzten Wahlen hatte sie 78 Kandidaten aufgestellt, von denen 40 gewählt wurden.

Die Londoner Morgenblätter kommentieren in sehr scharfer Weise die Meldung, wonach der Minister Churchill, als er gestern ins Bradford zurückkehrte, im Hause von einem Mann angeschlagen wurde, der den Minister niedergeschlagen vermeinte, mit den Worten: „Das ist Ihr Glück, Du Hund!“ Wie Geheimpolizisten, welche den Minister begleiteten, wußten den Schlag ab und verhafteten den Angreifer. Man vermutet, daß er einer von den Männern ist, die bereits bei der R. des Ministers dienen durch Buße zu Gunsten der Frauenrechtlerinnen unterbrachen.

Ein bemerkenswerter Beschluss. Die Absolventen der medizinischen Fakultät der Universität Charikow nahmen auf der feierlichen Abschiedsfeier, an welcher etwa 200 Personen teilnahmen, folgenden Besluß an: „Wir Absolventen der medizinischen Fakultät der Universität haben einstimmig den Besluß gefasst gegen die Todesstrafe zu protestieren und uns durch folgenden Schluß verdächtigt, niemals und unter keinen Umständen bei der Ausübung dieses schmachvollen Urteiles anwesend zu sein, der mit den grundlegenden Prinzipien der menschlichen Tugend unvereinbarlich ist.“

Man vergleiche mit diesem Besluß die Debatten auf dem längsten Jurkongress in Danga, wo sich die „Korvhöden“ der deutschen Rechtswissenschaft für die Beibehaltung der Todesstrafe aussprachen.

Die Herreraffäre in der spanischen Kammer. Zu Beginn der Sammlung am Sonnabend kam die R. zufällig an die Herreraaffäre, der sich zugleich alles Interesse zusammensetzte, was einen äußerst erregten Verlauf der ganzen Sitzung unter spanischen Senatoren und Austausch von Verbalinjuren zur Folge hatte. Bemerkenswert ist, daß dabei zum ersten Mal eine ausgeprägte Formation der gesamten Rechten gegen die gesamte Linke auftrat.

Studentenprotestationen in Odessa. Studenten und Damen, die an den Studienstunden teilnehmen, demonstrieren auf dem Universitätsplatz mit den Auten „Nieder mit der Todesstrafe!“ Das Plakat schloß sich in Massen an. Die Polizei griff ein, es gab viele Verwundete. Unter den Verhaupteten befanden sich viele Frauen. Mitglieder der „Schwarzen Bande“ passierten bewaffnet in allen Reihen und schlagen Blitzen, sowie die Schatzenträger von Rücken und die Fenster von Reaktionären überalterten Blättern und derartig allen ein. Es herrschte große Klartheit.

Arbeiterbewegung.

Griebe in der Preußischen Schuhindustrie. Am Freitag Abend fand die von ca. 2000 Teilnehmern eingeschlossene Versammlung des Generalverbands der Schuhmacher statt. Der Berichterstatter berichtete über die geplante Verschärfung und empfahl die ausgestellten Vorschläge anzunehmen. Nach einer leidlichen Rede zu müssen Diskussion, in welcher die Abstimmung als ungültig bezeichnet wurde, erfolgte die Abstimmung, wobei sich die Majorität, etwa vier Fünftel der Mitglieder, mit den Ab-

gesuchten gegen Vorschläge setzte. Am dritten Freitag vor dem Dresdner Schöffengericht wegen Postboten-Betrugs wurde der Geschäftsführer der „Dresdner Postleitung“, Genosse Walisch, freigesprochen. Der Geschäftsführer des Preußischen Verbands wurde als Vertreter eines Postkonsigliums zu 60 Mark Geldstrafe und ein anderer Genosse der eine Verkommnung gelebt hätte, in der entsprechenden Resolution angenommen wurde, zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus Oberschlesien.

Die „öffentliche geheime“ Wahl.

Eine solche kann es allerdings nur in Oberschlesien und zwar nur im „liberalen“ Königsberg geben. Mit allem Hochdruck hatten alle Parteien für die am Freitag stattfindenden Stadtwahlordnungsmaßnahmen gearbeitet. Da die Sozialdemokraten sich zum ersten Mal daran beteiligten, so war alles daraus gegründet. Die befreiten Mittel des zentralen Radikal-liberalen Radikalradikals arbeiteten in bekannter Weise. Die Beamten aller Gattungen wurden bearbeitet. In den Geschäften und Büros ob man Drohungen, wie „Sollst du nur einer erlauben, die „Rote“ zu wählen?“ usw. Und nun erst die Wahl selbst! Als die Wählern ihrer Partei sich beim Wahlvorstand meldeten, wurden sie im 1., 2. und 3. Bezirk glatt an die Piste gelegt, im zweiten Bezirk sogar durch die Polizei. Auf den Posten, daß die Wahl doch öffentlich sei und daß jeder das Recht hat, dort anwesend zu sein, beriefen sich die Wahlvorsteher auf ein Urteil des Magistrats, in dem groß und breit zu lesen war, daß „die Wahlabstimmung nicht öffentlich sei!“ Schon bald meinte der eine Wahlvorsteher, daß man doch nichts Unrechtes begehen könnte, worauf Genosse Wiedrich ganz treffend antwortete, daß dann alle Wahlvorsteher im ganzen Reich unrichtig handeln, nur die Königsblüter nicht. Aber aber Profei war dagegen. Die Genossen Blott und Götter begaben sich zum Oberstaatsrat und rieten dem Stolle und rieten die Wahl abzubrechen. Aber Herr Stolle konnte nichts machen, denn die Sache liege jetzt in Händen der Wahlvorsteher. So ging dann die öffentliche Stimmabgabe geheim, d. h. nur vor dem Wahlvorstand vor. Und in diesen lag der Kandidat, ein grübler oder Güttengewaltiger und musterte jeden seiner Slaven. Eine Ausnahme machte der Wahlvorstand des 4. Bezirks, Stadtrat Scharka und besonders Bürgermeister Gohlemann, ließen keinen Wähler abhören nicht nur zu, sondern zeigten sich unter Beobachtung des Gesetzes auch sehr entgegenkommend. Und wie Genosse Erkappe beobachten konnte, war Herr Gohlemann sehr gerecht, wie man sich einen unparteiischen Wahlvorsteher nur denken kann. Hier ging die Wahl auch ordnungsmäßig vor sich. Von den anderen Bezirken kann dieses nicht gesagt werden, denn aus allen drei Bezirken kamen die ungeheurensten Pläne.

Aber auch die Stimmabstimmung des Reichsmarschall gäbe noch ihr Teil tun zu müssen, denn sie bildeten sich ein, unsere Stimmzettel fortnehmen zu dürfen. Wiederholte mussten diese Soldaten sprechenlos werden. Nachdem tags der reichlich genossene Alsbohl eine Wirkung tat, wurden die Ausfälle gegen unsere Leute noch schlimmer.

Alle diese Vorgänge haben es nicht verhindern können, daß unsere Königsblüter Genossen einen schönen Abschluß erzielen.

1. Bezirk Genosse W. Gohlemann . . . 86 Stimmen
2. " Th. Blott . . . 50 "
3. " Georgowski und Herr Heilborn je . . . 70 "
4. " Genosse A. Riese und Herr Levin je . . . 96 "

Im ganzen wurden für unsere und die mit uns verbündeten Kandidaten der Demokratischen Vereinigung 92 Stimmen abgegeben. Gewählt wurden in allen Bezirken die Kandidaten des Reichsmarschalls. Nur im dritten Bezirk ist eine Stichwahl zwischen dem Kandidaten notwendig. Uns ist es natürlich gleichgültig, wer von den Schwarzen gewählt wird. Unsere Genossen bleiben der Stichwahl fern.

Die Hoffnungen unserer Genossen sind bei weitem übertritten worden.

Ruht noch ein Wort über das Wählermaterial. Es ist geradezu unglaublich, wie die Zentrumspartei die Arbeiterschaft verblendet. Von den sozialdemokratischen Wählern abgelehnt, die die einzigen waren, die wußten, was sie wollten, boten die anderen ein Bild des Freunds und der Hilflosigkeit. Viele Wähler verließen das Wahllokal unverrichteter Sache. Fast keiner wußte die Reihenfolge der Kandidaten, viel weniger erst, wenn man als Erstwähler wählen wollte. Hier erwächst uns eine grobe Arroganz. Diese wird aber gründlich besorgt werden. Die Auflösung wird die Furcht zurückdrängen. Totalitarismus und Lüge werden bald nichts mehr nützen.

Ein wilder Bergarbeiterstreit in Sicht.

Auf den festlichen Delbrückfesten bei Makoschau, so im Freihafen d. J. ein wilder Schleppkrieg wegen Einfluß und Feindschaften Gedwing's für Hauer und Schlepper ausbrach, gärt es schon wieder, diesmal aber unter der ganzen Belegschaft. Bei der Lohnauszahlung am 15. November d. J. sind einige Bergleute ohne einen Pfennig Geld nach Hause gegangen, ja einige sind sogar noch bei der Firma kein Pfennig Rest gebiebet. Der vor zwei Wochen ausgesetzte Karrossellohus wurde gleich bei der Lohnung ganz oder teilweise in Abzug gebracht. Nach der Lohnung wölge te sich ein großer Teil der Belegschaft, einzutahmen. Es wurde ihnen dabei eine Lohnabrechnung angezeigt. Nach dem gemeinsamen Gedinge wissen die Bergleute nicht, für was sie arbeiten und daher verlängern sie Abrechnung des gemeinsamen Gedinges. Bei dem gemeinsamen Gedinge wird der Verdienst nach „Hundertstel“, „Sechzigstel“ usw. berechnet, wobei es den Bergleuten nicht möglich ist, ihren Arbeitsverdienst einzuschätzen resp. zu berechnen. Steiger und Oberschicht können aber nach diesem Gedinge den Bergmann nach ihrem Willen ausscheiden. Wahrscheinlich sparen die Beamten ihr Tantimen und Gratulationen für Wehrmacht und die Bergarbeiterfamilien, sollen zuhören, wo Hasselwitz und Hofmann heimisch getötet Tische geknüpft werden. Das ist tatsächlich nicht christlich. Die Bergarbeiter tun am besten, wenn sie sich dem Verbande der Bergarbeiter Deutschlands anschließen, dort werden ihre Interessen am besten vertreten.

Kenia 28. November. Ein Gericht. Eine interessante Sache also als vor dem hierigen Schöffengericht zur Verhandlung. Aus der Untersuchungshaft wurde der Bäcker und Konditor Friedrich Klein aus Ostfelde, Kreis Strelitz, vorgetragen, welcher wegen „Verhetzung“ befreitlicher Stempel und Beilei unter Haftstrafe stand. Der weitgereiste Angeklagte wanderte, wie der „Oberst. Aug.“ berichtet, 1895 nach Kenia und schloß sich auf seiner Weltreise nach Afrika. Buletji war er in Ägypten, Syrien und Jerusalem. Kleinheit heißt das Totent, wunderbar zu rätseln an Ihnen und verdiente sich auf seinen Reisen den Unterricht dadurch, daß er Namen und Monogramme gewerbstümlich in Uhren, Ringe, Gürtel und Schürze eingraverte. In Jerusalem war er aber wieder als Bäcker in Stellung, erkrankte dagegen und kehrte nach Deutschland zurück. Im November d. J. lag er im Krankenhaus in Bütz und vertrieb sich da selbst die Langeweile mit der Herstellung verschiedlicher Stempel, von denen er z. B. die Stempel der Gemeinden Rudo, Bobbin, Neuland und Rundendorf fertigte und andere bekannte Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus war er vollständig mittellos und wurde beim Beilei in Neukirch d. S. aufgegriffen. Da stand man auch die Stempel bei ihm, ferner einen Stoff angefertigten Kiel für Hermelin der derselben Stempelstift, angewandte Spülze mit gefärbten Stempeln. Vorlag in will es mich deutlich haben. Als der Vorsteher bezweifelte, daß er nach Gedächtnis des preußischen Adler deort herstellen könnte, mäßte sich der Angeklagte selbst, innerhalb 20 Minuten an einer Stelle den Beweis zu erbringen. Mit Bleistift und Papier verfehlte er nach etwa 4 Minuten damit fertig. Da die

Stadtamt, 27. November. **Die Wahlversammlung.** Im Saale des Wilhelmsgartens fand Sonnabend Abend eine ordentliche Stadtvorsteher-Wahlversammlung statt. Genosse O. Schley-Breslau sprach über: „Unsere Aufgaben und Erfolge in den Städteparlamenten“ und somit an der Hand reicher Materials schworen, wie erlogen die Schäpplingen des Zentrums sind, daß die Sozialdemokratie alles verneine. Nachdem Siebzehn dann die drüßen Verhältnisse eingehend besprochen, lobt er mit dem Wunsche, daß sich Mann für Mann an den Wahlen beteilige. Großer Beifall lobte die treffenden Ausführungen. In der kurzen Diskussion gab Genosse Hörsching-Guenther noch Ausklärungen für die Wahl. Nach einem fernigen Schlußwort schloß der Vorsitzende, Genosse Germann, die Versammlung.

Gaborze, 28. November. Genosse Salzgroschit t. Im Alter von 87 Jahren ist am Sonnabend Genosse Salzgroschit, der Frau und 5 Kinder hinterläßt, an der Pleiterkrankheit verstorben. Von dem frühesten Jugend hat er seine ganzen Kräfte dem Gewerkschaftsamt gewidmet. Nachdem er Jahrelang im Range des Zentrums gestanden, kam er zur Sozialdemokratie und da war er mit ganzer Seele dabei. Die gewerkschaftliche und politische Organisationen werden sein Andenken in Ehren halten.

Königsblüte, 28. November. Sozialdemokratischer Verein. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 28. November, Abends 9 Uhr, im Gewerkschaftsamt, Ringstraße Nr. 8. Tagesordnung: 1. Die wachsende Unzufriedenheit im modernen Wirtschaftsleben. Referent: Genosse Hörsching-Guenther. 2. Was lehren uns die Stadtvorsteherwohnen. Referent: Genosse Blaldburg-Guenther. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten. Beiträge nur für Mitglieder.

Königsblüte OS, 28. November. Saalabreitung in Königsblüte OS. Zu der in Nr. 276 unseres Blattes gebüchten Stelle erschien und der Oberbürgermeister, Herr Stolle, um Aufnahme solider Richtigstellung:

„Wie von hier vollkommen einwandfrei festgestellt wurde, hat

weder ein Polizeibeamter die Auseinandersetzung! Es ist jemand von der Polizei, der aus Mitglied des Marineregiments ist, da gewesen, und habe den Gaafkalender eingesehen. Als er die Freie Turnerschaft versteckt gefunden, habe er dem Wirt vorhalte gemacht, und gesagt, der Turner sei „politisch“ bezüglich der Freien Turnerschaft gestört, noch hat der Oberbürgermeister Reimann dem Vorsitzenden Gottschalk gegenüber etwas berichtet.“

Wie werden die Angelegenheiten weiter untersucht, sind aber bereit, schon heute unter Beweis zu stellen, daß Reimann schuldlich zu dem Genossen Kosawski die irrgänige Aussetzung getan hat. Kosawski ist jederzeit bereit, sie auf seinem Eid zu nehmen. Wir wollen uns reuevoll, wenn die Behauptungen Reimanns sich als unwahr erweisen würden. Damit wäre dann der Beweis erbracht, daß die Polizei in Königsblüte von der offiziellen oberösterreichischen Sturm abgewichen ist, und die Parteischäferei verlassen hat. Das Gattwerte und Saalbesitzer und gegenüber die Union verkehrt haben und dabei die Polizei als Beippanne gebraucht, ist wiederholt vorgekommen, obgleich in diesem Falle es doch sehr unverständlich bleibt, warum Herr Scheidt sich das Gesicht entgegen ließ. Oder haben hier gar die schwarze Hand die „Kurier“männer im Spiel?

Königsblüte, 28. November. Gefahren der Grube. Auf dem Platz I der „Königsgrube“ verunglückten gestern sechs um 3½ Uhr sieben Männer infolge Bruchbedingungen einer Glöcke mehrerer ausgebauter Stollenabzweige. Der dadurch verursachte Luftdruck war so stark, daß die Gemeinschaft teils an die Stütze, teils an die Sohle geschleudert wurde. Von den Verunglückten sind zwei Männer schwer verletzt; die anderen erlitten leichtere Verletzungen.

Babitz, 28. November. Ausgebliebenes Kuppeln ist es. Immer schrecklichere Bilder des Endes und der sittlichen Verwahrlosung erfüllten die Vernehmungen des Schnellermordtels B. von hier, und seiner bereits seit Monaten im Gefängnis wegen einer früheren Kuppel beständlichen Ehefrau. Schon längere Zeit waren den Kriminalpolizisten anonyme Schreiben zugegangen, in denen auf das Leben und Treiben in der Wohnung des Ehepaars B. aufmerksam gemacht wurde. Diesen Schreiben scheint letzter in der ersten Zeit nicht die genügende Beachtung geschenkt worden zu sein. Schließlich verdeckten sich die Angetragenen darin, daß unerwartet die Kriminalpolizisten in der Wohnung erschien. Als sie sich gewaltsam Eintrang in die Wohnungsräume verschaffte, trafen sie in beträchtlicher Stellung sechs Mädchen und dreizehn junge Männer an, von denen einige durch das Fenster entflohen wollten. Aufgefundenen Bildern, Schriften und Gegenstände entrollten ein schreckliches Bild sittlicher Verkommenheit. Die Mädchen, die bei der Haussuchung angetroffen wurden, stehen sämtlich noch in dem jugendlichen Alter von 16 Jahren; auch die jungen Männer standen erst in dem Alter von 18 bis 20 Jahren. Gleich die ersten sofort vorgenommenen Vernehmungen ergaben, daß das Ehepaar B. seinen Lebensunterhalt vollständig aus diesen Kuppenleben bestellt. B. benutzte hierzu nicht bloß fremde Mädchen, sondern er hielt auch seine noch nicht ganz 16 Jahre alte Tochter und seine etwa 18 Jahre alte Schwester an diesem schimpflichen Erwerbe an. Auf die listige und schlaue Weise hatte sich namentlich Frau B. dieser Mädchen versichert. Diese Zusammenkünste, bei denen wahre Orgien gefeiert wurden, sonnen, der Rottweiler B. statt, auf, sondern die Mädchen wurden auch in die Wohnungen zahlreicher junger Männer geschickt, namentlich solcher, die außerhalb wohnten. Sogar Ausländer und Durchreisende fanden sich bei B. ein. Weitere Verhaftungen stehen bevor.

Babitz, 28. November. Verhaftung internationale Hochstapler in Oberschlesien. Einige der Hochstapler, die, wie berichtet, von Russland aus nach Oberschlesien reisten, sind, die „Rott. B.“ auf, berücksichtigt worden.

Kattowitz, 28. November. Vor der Hochzeit erstickte. In unmittelbarer Nähe eines Baus erstickte vor seiner Hochzeit der Maschinendirektor Nikolaus Strobl auf der Frankoldiedegengebude. Der Körper fiel ins Wasser. Der Selbstmord stand zwei Tage vor seiner Trauung. Der Grund zu der Tat waren gewisse Untersätze, die sich dem Brautpaare entgegnetstellten. In einem hinterlassenen Briefe vermachte Sw. der aus Ober-Ransch stand, sein Erbe seinem Bruder.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete. **Bosen, 28. November.** Das Ergebnis der Stadtvorsteherwahl. Bei den Wahlen in der zweiten und ersten Abteilung lagen die deutschen Kandidaten. Da die Partei bestimmt in der dritten Abteilung vier Mandate gewonnen haben, so ist jetzt die Sicht der Parteien im neuen Stadtvorsteheramt zusammen folgende: 29 Mitglieder der Linken, 19 Mitglieder der Rechten, 12 Polen.

Kosten, 28. November. Die Petrosenplatte. Der 28. Jahr alle Arbeitersohn Ignaz Storzenbki aus Alt-Kubitsch wollte, als er allein zu Hause war, Feuer im

Serienmungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 28. November:

Fabrikarbeiter-Verein. Versammlung im Saal. Central-Kräfteklasse der Schneider. Versammlung. Zimmer 2. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 29. November.

Stadtentente. Versammlung. Zimmer 1.

Bücherausgabe und Steinbrucker. Versammlung. Zimmer 3.4.

Frankfurter Unterricht. Zimmer 7.

Mittwoch, den 30. November. Metallarbeiter-Verein. Wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Eggerin.

Arbeiter-Mädcharen. Zimmer 1.

Holzarbeiter. Zimmer 9.

Donnerstag, den 1. Dezember:

Ortskräfteklasse der Zimmerleute. Versammlung im Saal.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½-9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 2. Dezember:

Konsum- und Sparverein Vorwärts. General-Versammlung.

Sonnabend, den 3. Dezember:

Reuter-Abend. Im Saal.

Buchbinder. Versammlung. Zimmer 2.

Sonntag, den 4. Dezember:
Sozialdemokratischer Verein. 10 Uhr: Versammlung im Saal. Buchdrucker-Verein. Projektions-Vortrag im Saal.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Jahrestag ist Montag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen.

Aufführung Distrikts- und Bezirksführer!

Die Abrechnung der Bezirksführer ist Montag, den 28. November, Abends 8 Uhr im Distriktslokal. Die Kontrollarken und die unverlaufenen Beitragsmarken sind mitzubringen.

Distrikt 7 (Mitte).

Umslandhalber findet im Distrikt 7 die Abrechnung erst Dienstag, den 29. November statt. Der Distriktsführer.

Distrikt 14 (Oblauer Tor).

Wegen der im Distriktslokal stattfindenden Konsumvereins-Versammlung beginnt die Abrechnung der Bezirksführer heute schon um 7 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Band).

Neumarkt.

Land-Distrikt 9 (Thonisch). Donnerstag, den 8. Dezember, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft bei Pajung in Polnischham.

Der Distriktsführer.

Pflanzenbutter Palmkrone-Palmstolz

Wer sparen und doch nicht auf den Buttergenuss verzichten will, versuche die beliebten van den Bergh'schen Marken

- Palmkrone und Palmstolz -

Feinste Pflanzenbutter-Margarine! Sie erscheinen beste Meieriebutter vollkommen, sind jedoch über ein Drittel billiger. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Stadt-Theater.

Montag Abends 7 Uhr:

"Lohengrin".

Dienstag 7½ Uhr:

"Molières Abenteuer".

Tanz-Divertissement.

Mittwoch 7½ Uhr:

"Die Jungfrau von Orleans".

Lobe-Theater.

Montag 7½ Uhr:

"Siegneurliebe".

Dienstag 7½ Uhr:

Zum 1. Mal:

"Der verwundete Vogel".

Mittwoch 7½ Uhr:

"Die Endelsack".

Thalia-Theater.

Mittwoch nachmittag 5½ Uhr:

Gastspiel des franz. Theaters.

Dienstag abends 7½ Uhr:

"Quo vadis?"

Schauspielhaus

Montag abends 8 Uhr:

"Boccaccio".

Dienstag, Donnerstag 7½ Uhr:

"Quo vadis?"

Wahlstädter Abonnements-Vorstellungen

Montag, den 5. Dezember:

"Katinina".

Montag, den 12. Dezember:

"Die schöne Helena".

Montag, den 19. Dezember:

"Lord Piccolo".

Freitag, den 23. Dezember:

"Don Caesar".

Rommens-Theater

Montag abends 8 Uhr:

"Boccaccio".

Dienstag, Donnerstag 7½ Uhr:

"Quo vadis?"

Wahlstädter Abonnements-Vorstellungen

Montag, den 5. Dezember:

"Katinina".

Montag, den 12. Dezember:

"Die schöne Helena".

Montag, den 19. Dezember:

"Lord Piccolo".

Freitag, den 23. Dezember:

"Don Caesar".

Lieblich's Etablissement.

Telephon 1848.

Nur noch 3 Abende:

Eine Haremsnacht.

Familie Okabe — The 3 Nowatts etc. etc. etc.

Aufgang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater

Nur noch kurze Zeit:

Blatzheim

zu den brillanten Spezialitäten.

Montag 7½ Uhr.

Donnerstag günstig.

Zeltgarten

Zit. H. Krasinski.

Nur noch 3 Abende:

Die großen Spezialitäten.

12

Glanznummern.

— Einzelne Spezialitäten:

Geigen

1. off. Preis 50.

kauf man auch z. 50 Pf.

bei M. Liedecke, Eintritt 3.

**Filzschuhe!
Holzschuhe!**

Sehr leichte Schuhe.

in den

großen Sägen Breslau's

und Spezialität für Filz- und Holzschuhe.

Normann Hirsch

Schuhfabrik in Breslau.

Oblau. Eisenbahnarbeiter. Mittwoch, den 30. b. gr. Sonntag 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Migr., Oberstraße. Wichtige Tagessordnung. Gauleiter anwendet.

Biognitz. Volksversammlung. Mittwoch, den 30. November, Abends 8 Uhr. Tagessordnung: Die Polizei und die Verordnungen für Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Scholich.

Biognitz. Metallarbeiter-Verein. Montag, den 5. Dezember, Abend: Sitzung der Belegschaft. Die Mitglieder-Versammlung am 8. Dezember fällt aus. Sonnabend, den 10. Dezember: Generalversammlung. Tagessordnung: Neuwahl der Verwaltung für 1911.

Hirschberg. Kartell. Dienstag, den 29. November, Abends 8 Uhr: Sitzung in der "Andreaskirche". Tagessordnung: Saalbauhoff, Krankenfassung, Abrechnung vom Hirschberg.

Schmiedeberg i. M. Oeffentliche Fabrikarbeiter-Versammlung. Donnerstag, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthof "Drei Kronen". Referent: Gauleiter Kowalewski-Breslau. Tagessordnung: Die Missstände in der hiesigen Porzellansfabrik. Freie Aussprache.

Bromberg. Oeffentliche Volksversammlung. Montag, den 28. November, Abends 8 Uhr. Referent: Frau Kähle Leu-Albed.

Metallarbeiter-Verein. Wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Eggerin.

Arbeiter-Mädcharen. Zimmer 1.

Holzarbeiter. Zimmer 9.

Donnerstag, den 1. Dezember:

Ortskräfteklasse der Zimmerleute. Versammlung im Saal.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 29. November.

Stadtentente. Versammlung. Zimmer 1.

Bücherausgabe und Steinbrucker. Versammlung. Zimmer 3.4.

Frankfurter Unterricht. Zimmer 7.

Mittwoch, den 30. November.

Metallarbeiter-Verein. Wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Eggerin.

Arbeiter-Mädcharen. Zimmer 1.

Holzarbeiter. Zimmer 9.

Donnerstag, den 1. Dezember:

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 28. November:

Fabrikarbeiter-Verein. Versammlung im Saal.

Central-Kräfteklasse der Schneider. Versammlung. Zimmer 2.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 29. November.

Stadtentente. Versammlung. Zimmer 1.

Bücherausgabe und Steinbrucker. Versammlung. Zimmer 3.4.

Frankfurter Unterricht. Zimmer 7.

Mittwoch, den 30. November.

Metallarbeiter-Verein. Wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Eggerin.

Arbeiter-Mädcharen. Zimmer 1.

Holzarbeiter. Zimmer 9.

Donnerstag, den 1. Dezember:

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 28. November:

Fabrikarbeiter-Verein. Versammlung im Saal.

Central-Kräfteklasse der Schneider. Versammlung. Zimmer 2.

Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6½-9 Uhr im Zimmer 7.

Dienstag, den 29. November.

Stadtentente. Versammlung. Zimmer 1.

Bücherausgabe und Steinbrucker. Versammlung. Zimmer 3.4.

Frankfurter Unterricht. Zimmer 7.

Mittwoch, den 30. November.

Metallarbeiter-Verein. Wissenschaftlicher Vortrag mit Lichtbildern von Eggerin.

Arbeiter-Mädcharen. Zimmer 1.

Holzarbeiter. Zimmer 9.

1. Beilage zu Nr. 279 der „Volksmacht“.

Dienstag, den 29. November 1910.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 28. November.

Geschichtskalender.

29. November.

- 1889 Der Dichter Wilhelm Hauff in Stuttgart.
1889 Der Dichter Ludwig Uhland in Wien.
1878 Passausweisungen aus Berlin.

Ausruf

zur

Volkszählung vom 1. Dezember 1910.

In Bezug auf „Religionsbekennnis“ ergab die Volkszählung von 1905 nur 12,000 Freidenker, Freireligiöse u. a. und nur 4000 Personen ohne Religionsbekennnis. Alle übrigen bekannten sich als evangelische, katholische und andere Christen, aber als Israeliten.

Entspricht dieses Ergebnis der Wirklichkeit?

Keineswegs!

Um nun in dieser für unser Staats- und Kulturleben so wichtigen Frage Volk und Regierung zur Wahrheit und Klärheit gelangen zu lassen, ist es dringend nötig, daß alle diejenigen, welche sich nicht aus innerer Überzeugung zu einer der in den Büchern unter Absatz 8 der Erklärung angegebenen „Religionen“ rechnen, durch das Wort „konfessionell“ ihre abweichenende Gesinnung deutlichen Ausdruck geben.

„...ma einmal Hunderttausende, ja Millionen deutscher Männer und Frauen es ablehnen, sich gegen ihre Überzeugung zu einer der Kirchengemeinschaften rechnen zu lassen, erst dann wird es möglich, auch im Deutschen Reich wahre Toleranz und Gewissensfreiheit, die soziale und staatsbürgерliche Gleichberechtigung jeder ethischen Überzeugung, die volle Selbständigkeit des Staates und der Schule zu verwirklichen.“

Die Volkszählung gibt jedem Staatsbürger die so selten wiederkehrende Gelegenheit, mitzuwirken an dem großen Betriebswandel, an dem geistigen, stützlichen und religiösen Fortschritt unseres Volkes.

Deutscher
Freidenkerbund.

Deutscher
Monistenbund.

Kein Antisemitismus!

Gott bewahre! So etwas gibts bei unseren rechstehenden Parteien garantiert, sie haben nur „gesetzliche“ Bedenken gegen die Anstellung jüdischer Lehrer an den Breslauer Volksschulen. Diese „Bedenken“ werden in der „Schlesischen Morgenzeitung“ noch einmal breitgetreten. Und zwar in folgender Weise:

In der Stadtverwaltung Breslau herrscht der Liberalismus. Das Stadtoberhaupt ist ein ausgeprägter Parteimann, der in der Vertretung seiner einheitlichen Parteiausführungen, wie er das oft gezeigt, keine schwächeren Rücksichten kennt. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung ist freilich, und ihre Führer sind jüdische Rechtsanwälte. Das Domantum, das dieser Liberalismus völlig beherrscht, ist nur beschränkt durch die Linien, die die staatliche Geschäftsgabe und Oberaufsicht gleichen, und unwillig sieht sich der liberale Parteidienst diesen Schranken. Er spricht dann von Beschränkung der städtischen Selbstverwaltung, während es in vielfacher Beziehung der heilame Zugang zu der Rücksichtnahme auf die Interessen der Allgemeinheit ist.

Nachdem die Einzelheiten der Magistratsvorlage mitgeteilt sind, heißt es weiter:

Die Vertreter der Synagogengemeinde stellen ihr Verlangen unter der Devise der Gleichberechtigung. Sie vergeßen, daß wir in Preußen verfassungsgemäß und nach dem Schulunterhaltungsgesetz vom 28. Juli 1896 kirchlich-konfessionelle Volksschulen besitzen und daß die noch heute und zwar unter dem Hinweis der neuesten Gesetzung geltenden älteren geleglichen Bestimmungen der Synagogengemeinde neben der Forderung nach höherer kommunaler und gegebenenfalls auch staatlicher Unterführung zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts nur noch das Recht zugesehen, die Errichtung einer jüdischen Volksschule zu beantragen.

Solchem Antrage würden sich, wie das auch ausgesprochen wurde, die Vertreter der Rechten in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung nicht widersetzen. Seine Ausführung wäre ebenfalls keine schwierige. Denn die ärmere jüdische Bevölkerung Breslaus gehört zum größten Teil in dem Stadtteil, dessen Mittelpunkt etwa der Freiburger Bahnhof ist. Die anderen steht von einem gewissen Prozentum jüdischer Volksschüler besuchten Schulen, wobei damit entlastet. Schätzliche Mehrkosten würden der Stadtgemeinde durch solche Neuerrichtung einer jüdischen Volksschule nicht erwachsen und „die Särte, daß in Breslau Lehrer und Lehrerinnen jüdischer Religion von der Anstellung an der Volksschule ausgeschlossen sind“, wäre damit beseitigt und dieser vom Breslauer Magistrat als berechtigt anerkannte Klage der Synagogengemeinde der Boden entzogen.

Diese mittelalterliche Isolierung der israelitischen Kinder in einer besonderen Judenschule, die all den anderen zum Gespott ausgeliefert wird, ist ein Lieblingsgedanke der Antisemiten:

Das aber gerade will der in der Stadtverordnetenversammlung vertretene Teil der jüdischen Bürgerschaft nicht. Er verlangt einen Einbruch in unser konfessionelles Volksschulsystem, ein Durchbrechen des christlichen Charakters unserer Schulen um seiner politischen Prinzipien willen. Obwohl dieselben Persönlichkeiten sich durch ihre Mitgliedschaft in der Synagogengemeinde den Anspruch auf ihre religiöse Sonderheit wahren, verlangen sie von uns Christen ein Aufgeben der gleichen Sonderrechte auf konfessionalem Gebiet. Diese Vorläufigkeit jüdischer Rechtsansprüche sind die ersten Verschärfungen des Simultanschulrechts.

Der Magistrat spielt bei seinem Antrage, den er der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt hat, eine rücksichtige Rolle. Während seine Anträge den jüdischen Stadtverordneten nicht weit genug gehen, seinen Standpunkt in der Anstellung und Beschäftigung der jüdischen Lehrer die logische Grundlage sieht, macht er sich noch des Gewissenszwanges schuldig, wenn er die angestellten jüdischen Lehrkräfte verbüßt will, wie das die Bekämpfung seines Antrages sagt, „auch am Sabbat und an jüdischen Feiertagen den Pflichten ihres Amtes nachzutommen“. Nebenbei bemerkt, ein Verfahren, zu dem auch die Vertretung der jüdischen Kultusgemeinde die Hand bieten will! Eigenartige religiöse Gründsätze! Auf dem Boden feindseligster Missicht auf die religiösen Pflichten der jüdischen Gemeindemitglieder bewegt der Breslauer Magistrat sich blinder, und es müßten in der Tat eigenartige Religionsschicht sein, die sich solchem Verlangen des Magistrats beugen.

So sehen wir die Judenfreunde aus Angstlichkeit um das Seelenheil der Israeliten besorgt und nobel wie sie von Geburt aus sind, schließen sie mit einer Denunziation:

Wir leben in reitem Vertrauen an unserer Schule aufrecht und anständig, daß sie jedem Versuch der Durchbreitung des bestehenden, gleichlich gesicherten Zustandes, auch in Breslau, ein staatliches Verbot entgegenzusetzen werden. Man würde ein anderes Verhalten unserer Regierungsumstanz nicht verstehen.

So haben wir wenigstens wieder das alte Bild. Wenn alle Stricke reihen, dann bleibt immer noch die schändige Trennung - natürlich nicht aus Antisemitismus, sondern aus Liebe zum Werk! Heuchlerbande!

* **Zentrumskonsequenz.** Die evangelischen und mosaischen Stadtverordneten in Zubten, über deren Wahl sich die „Schles. Volkszg.“ nicht genug entzücken konnte, sind früher von den Katholiken der Stadt selbst gewählt und aufgestellt worden. Einer der Herren schreibt uns:

Bezüglich Ihres Artikels meine Stadtverordnetenwahl beständig, bemerkte ich ergeben, daß bei der Stadtverordnetenwahl vor 6 Jahren sowohl Ilse, als auch ich von denselben katholischen Wählern aufgestellt waren, die bei der gleichen Wahl geblieben waren. Die Herausgabe Thamm und Wallach uns als Kandidaten gegenübersetzten. Die Herausgabe hierzu liegt darin, weil ich unbillige Handlungen, die in jüngster Zeit vorgekommen sind, meine Zustimmung verlängerte, wie ich dies während meiner 18-jährigen Tätigkeit als Stadtverordneter stets getan habe.

Man sieht, wie angebracht die Entrüstung war. Selbst Zentrumswähler können nicht einsehen, daß die Männer plötzlich für städtische Ehrenämter ungeeignet sind, die man früher selbst gewählt hat. Da muß die Klerikale Partei-peitsche noch ganz anders dazwischen fahren und den konfessionellen Gegensatz schüren!

Der Lehrer und Parteigenosse Debrunner, Kantonsrat, leitete die schöne Feier und gab als Grund derselben an: Nicht Personalmisswollen wir treiben, indem wir unseren Robert Seidel so ehren, sondern aus Dankbarkeit veranstalten wir ihm dies Fest. Wir ehren die Dichter nicht erst am Grabe, sondern bei ihren Lebzeiten, damit sie einen sonnigen Lebensabend haben. Und dankbar sind wir dem Dichter für die vielen, vielen Freiheits- und Kämpferreden, die er uns, die er den ganzen Proletarien gegeben.

Den Höhepunkt des Festes bildete die Festrede des jüngsten Pfarrers zum Stadtrat befördernden Genossen Paul Pflüger, der ebenfalls Seidel nicht nur als Dichter des Proletariats schlechthin feierte, sondern als den Dichter des Proletariats. Der Weißfall, den seine Worte sandten, bestätigte die alte Wahrheit: Das Volk liebt seine Idealisten. Denn wenn einer so schuf, was er brachte, Robert Seidel für das Volk und brachte es aus dem Volke. Er hat in Kirchberg in Sachsen alle Entbehrungen eines Proletariuskindes kennen gelernt und ist ein Beispiel dafür, wie viel verborgene Größe noch im Volle schlummert. Robert Seidel hat sich durchgerungen, vom Arbeiter zum Lehrer, zum Schriftsteller, Dichter, Redakteur, Parlamentarier und ist heute Dozent an der Universität und am Eidgen. Polytchnikum in Zürich, war bereits Präsident des Großen Stadtrats (Stadtverordnetenwortschafter), ist noch Mitglied des Stroh's Rates und Kantonsrat (Landtagsabgeordneter) — kurzum: Robert Seidel stieg, von den Massen getragen, von Sprosse zu Sprosse. Pfüger sagte von ihm: Er hat sich in die Herzen der Arbeiter eingegangen wie kein zweiter. Über 50 seiner Gedichte sind bereits vertont, 20 darüber befinden sich in den Arbeiterliedbüchern, und man singt sie sowohl in England, als auch in Frankreich, Deutschland, ja sogar in Japan. weiß man alles in einem Morte zusammen, was uns Robert Seidel ist, so sagen wir: Er ist ein Volkserzieher. Und ein Prophet dazu. Es geht nicht nur am Euphrat und Elbris Propheten: Es gibt auch noch unter uns solche, des sind wir alle Zeuge.

So schloß der Festredner und zitierte alsdann Seidels schönes Lied, das wir oft im Breslauer Gewerkschaftshaus von unseren Arbeitern singen hören:

Aus Eide ist zum Licht erstanden
Aus tiefer, langer Winteracht,
Bereit ist aus des Elses Banden
Der Stroms sölle Schyfermarkt:
Der Mat läßt alle Blumen munier
Und tauet alle Heizen auf,
Es schmückt alle Blumen buntier
Und streuet Gold in Halle drauf,

* Ein merkwürdiger Fall von ärztlicher Beurachtung betraf den Unfallverletzten G. Vollmarhns aus Breslau. Letzterer erlitt am 14. März 1908 eine Verstauchung des linken Fußes und einen Riss der Sprunggelenkkapsel. Er erhält für die bestehenden Unfallfolgen eine Rente von 10 Prozent. Die Ostdeutsche Gewinnsschiffahrt-Berufsgenossenschaft wollte die Rente vom 1. August 1910 in Weißfall bringen und stützte sich dabei auf folgendes Gutachten des Kreisarztes Medizinalrats Dr. Haushild:

Die Knöchelrücken seitlich der Achillessehnen sind jetzt frei, auch ist die Bewegung des Fußes nach oben, sowie nach unten frei. Die Knorpel sind ganz normal ausführbar. Beim Laufen wird der Fuß vom Boden normal abgewickelt, auch ist der Gang frei von Lahmen. Ganz hat sich die Muskulatur des Wade gefrästigt, ist auch einen halben Centimeter stärker geworden. Im übrigen ist die Funktionsfähigkeit des Fußes erblitten. Das vordere Knöchelgruben nicht frei sind und daß man eine Geschwulst des Fußes erblicken kann. Das Schiedsgericht hat durch Inaugenscheinnahme des Verletzten, sowie im Anschluß an das einwandfreie Gutachten seines Beratungsarztes die Überzeugung gewonnen, daß eine wesentliche Besserung seit Festsetzung der Rente nicht eingetreten ist. Die Berufsgenossenschaft wurde zur Weiterzahlung der Rente verurteilt.

Nach diesem Gutachten müßte V. der gesündeste Mensch der Welt sein. Da dem nicht so war, wurde rechtzeitig Berufung eingelegt. In der Begründung derselben wurde darauf hingewiesen, daß jeder Vater beim Belasten des Fußes fühlen kann, daß die Knöchelgruben nicht frei sind und daß man eine Geschwulst des Fußes erblicken kann. Das Schiedsgericht hat durch Inaugenscheinnahme des Verletzten, sowie im Anschluß an das einwandfreie Gutachten seines Beratungsarztes die Überzeugung gewonnen, daß eine wesentliche Besserung seit Festsetzung der Rente nicht eingetreten ist. Die Berufsgenossenschaft wurde zur Weiterzahlung der Rente verurteilt.

Daß „wissenschaftliche Untersuchungen“ so arg differieren können, in mehr als sonderbar.

Die Berufung wurde im Arbeiter-Sekretariat angefordert.

* Der Verein für fakultative Feuerbestattung veranstalte am Sonntag im großen Saale der „Schlesischen Kultur“ einen öffentlichen Vortragabend. Herr Dr. Weigt (Hannover) sprach über Leichenbestattung, ein kulturbüroisches Bild von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung der Feuerbestattung. Der Vortrag war von Bildern begleitet. Der Vortragende verstand es in meisterhafter Weise, den Entwicklungsgang der Leichenbestattung und die verschiedenen Bestattungsformen von unsrer Urväter an, dem die gebürgerten Auditorium zu Gehör zu bringen. Seine oft drastischen Darstellungen, die bei einem Manne, der 7 Jahre sich in fremden Erdteilen herumgeschlagen, nicht Wunder nehmen, gingen zeitweise in poetische, pielerische Ausschüttungen über. Recht interessant war es zu hören, daß in Prussia, in dem bekanntlich bisher noch kein Krematorium durch gesetzliche Sanctionierung in Gebrauch steht, doch eines in Betrieb ist, und zwar in der Hauptstadt Berlin, in der Distelmeierstraße. Aber es handelt sich dort um Verbrennereien, oder solche Personen, die ihre sterbliche Hülle schon bei Lebzeiten an die Anatomie verkaufen haben. Nachdem die studierenden Mediziner sie als Versuchsstoffe behandelt haben, werden die Leichen zentralweise in einem Kasten verpackt und in diesem Krematorium verbrannt. Dies findet man für pielerisch und gestaltet es, während man es sonst verbietet, daß jeder nach seiner Anschauung sich bestatten lassen kann. Auch habe man sich ja früher im Mittelalter gar nicht geschaut, die Menschen lebendig zu verbrennen und in Spanien das selbst noch 1856 getan. Wie unächstlich und vielfältig die Erdbestattung ist, zeigte der Vortragende an einem anderen Beispiel. In München herrschte seinerzeit große Wohnungsnot und da mußte sich die Kirche, um neuen Platz zu schaffen, auf den ihr gehörenden Friedhöfen in folgender Weise zu helfen: Sie grub die Toten, an deren Köpfen selbst noch die Haare zu sehen waren, wieder aus und zwang sie in ein daneben befindliches kleines Loch hinein. Ein Vorgang, den der Vortragende selbst begegnet, und den er in München in einer großen Versammlung gehörig gezeigt. Die Aleritalen verleugneten mit großem Lärm die pielerische Handlungsweise; es wurde ihnen aber bewiesen, daß sie auf Tatsache beruhe. Damals erhob sich ein

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Zu Robert Seidels 60. Geburtstag veranstalteten am 22. November in Breslau die dortigen Arbeitergewerbevereine einen großen Liederabend, in welchem nur Dichtungen dieses Proletarierdichters zum Vortrag kamen. Die prächtige Stadthalle, die über 2000 Personen fasst und überfüllt war, war zu diesem Zwecke besonders sorgfältig ausgeschmückt worden: Ringsum an den Emporen waren Sprüche aus Seidels Liedern in schönen Tonneauquatrains angebracht und von der Decke hing ein 3 Meter hoher prächtiger Blumenstrauß herab, während über dem Singbühnen, auf welchem 600 Gräfländer Block gekommen waren, ein großes Bild des Dichters den Zuhörern entgegenleuchtete. Als der nach aussallend jugendlich aussehende und noch sehr zügige Dichter mit seiner Familie den Saal betrat, wurde ihm eine lebhafte Ovation dargebracht.

Die Darbietungen waren recht vielseitig und interessant.

Es gab Rosenhöre, Chöre einzelner Vereine, Bartonsoli,

gesimte Chöre und einen ganz vorzüglich geschulten Kinderchor,

der in der Vervorstellung von S. Kraunig (einem Breslauer Gewerken) folgendes in Deutschland noch wenig bekannte Lied Robert Seidels vortrug:

Es grünen die Fluren
Es jubelt im Haa,
Es blühen die Wiesen, —
O lieblicher Tag!
Oester im Maien!
Gezeitiges Fest
Der Vater, der freie,
Wir halten dich fest.
Wir lassen die Schule
Und fliehen das Haus
Und ziehen helljubelnd
Zum Anger hinaus.
Zum Feile der Arbeit,
Zur Zukunftsgleichheit;
Zur Freiheit der Freiheit,
Zur Friedens und Rechts,
Zum Lande der Freiheit
Und Volkgemein,
Da wollen wir Kinder
Zum Kinder der Freiheit,
Der Freiheit, der Freiheit seie.

Die Knechenschaft auch hat ihre Grenze
Im ew'nen Gange der Natur,
Und außerweit vom jungen Lenz
Zicht Freiheit ihre Straßenpur;
Sie leuchtet in das tieste Dunkel
Der kleinsten Hütte hell hinein,
Und ruht unvoll vom Eichgefunkel:
Das arme Volk soll frohlich sein!

In den Pausen wurden zahllose Glückwünschesverschenkt, die aus allen Himmelsgegenden für den Jubilar eingetroffen waren, und es war recht erfreulich, ihn dann selbst sprechen zu hören, wie er, gerührt, allen dankte und versprach, dem dankbaren Volke auch fernerhin seine Kräfte zu wenden.

Die Deutsche, die wir uns so oft an Breslau, die wir sehr häufig in unserer Unterhaltungsbeilage den zum Schweizerbürger gewordenen Sängern und Landsmann zu Worte kommen lassen, wie schließen uns den Glückwünschen, die er Mittwoch erhalten, aus voller Herzen an und hoffen mit seinen Freunden, daß ihr ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge, als ihre Sänger des Volkes gehabt haben.

Tolstoi lebt weiter. Tolstoi hat seine lebenslänglichen Berücksigungen über seine Werke kurz vor seinem Ende schriftlich niedergelegt. Danach gehen alle Werke, die er in den letzten Jahren verfaßt hat, in den Besitz seiner Familie über. Seine Tochter Alexandra beauftragt Tolstoi mit der Herausgabe dieser Werke unter der Bedingung, daß der ganze Erlös der ersten Auflage davon verwendet wird, Jasnaia Poljana, das 800 Droschken groß ist, zum besten der Bauern von Jasnaia Poljana, denen er sein Gut vermacht, anzukaufen. Nach dem Verlauf der ersten Auflage werden die Werke Tolstois Allgemein. Die Mehrzahl der armen Menschen befindet sich im Besitz Tschetwows.

Mus aller Welt.

Der Hofflieger mit dem Gymnischlanch. Vor dem Halschen Gericht wurde dieser Tag gegen den Hofflieger und Hoffliegerin Dr. Rahne verhandelt. Er hatte sich entporen. Michanowski ein 15jährige Kellner erhebungslos aufzuhören kommen lassen. Bei dem ehemaligen Patrioten Mann verfehlte die „Herrschafften“, vor allem viele höhere Justizbeamte und Offiziere. Die Anwesenheit der Juristen genierte ihn nicht im geringsten, jugendliche Kellner lehrlinge lächelte hindurch auszuhören. Er ist wegen Verfehlung der Schubvorschriften von bestem.

Sturm der Entrüstung gegen eine solche allein menschlichen Empfindungen habensprechende Handlungswelle. Es ist nachgemessen, dass selbst nach 25 und 30 Jahren, wenn der Boden nicht stark ausgetrocknet ist, der Leichnam noch oft gut erhalten ist. Viel wertvoller und ästhetischer ist das doch die Feuerbestattung. Außerdem ist sie auch nicht teurer. In Düsseldorf kostet die Verbrennung für Kinder bis zu 18 Jahren 1.50 Pf. und für ältere 7.50 Pf.; in Stuttgart ist sie ganz umsonst. Eine ganze Anzahl von Städten veranschaulicht das Vorgetragene in belebender Weise. Krematorien von Deutschland und des Auslandes, sowie Urnenhaine, von denen wohl das prachtvollste und teuerste in Indien steht, wurden in Bildern vorgeführt. Auch das Denkmal unseres Genossen Karl Bräuerberger in Nürnberg wurde veranschaulicht. Die ältesten europäischen Krematorien sind die von Mailand und Gotha. Der Vortrag sand großen Beifall. Nur wäre zu wünschen gewesen, dass der Saal noch einmal so groß war, um ihn einem noch größeren Auditorium zugänglich zu machen.

* Aus den Markthallen. Der nahende Nikolaustag veranlasst viele Händler, schon mit Weihnachten aufzutreten, da an diesem Abend sehr viele Eltern kleine Säckchen mit Wünschen durch den Nikolaus ausstellen lassen. Viele haben wie dieses Jahr eine sehr arme Rücksicht und die Käufe sind daher sehr teuer. Man kann sie zwar auch noch recht verschieden kaufen, aber im Durchschnitt kostet das Pfund 35 bis 50 Pfennig. Weihnachtse werden mit 40 bis 60 Pfennig abgegeben. Dies ist eine ganz erhebliche Mehrausgabe, wo man sonst 22 bis 28 Pfennig für das Pfund gezahlt hat. Nach und nach rüstet sich auch der gesamte Edelsmarkt schon langsam auf Weihnachten, denn viele Händler bieten einen größeren Stand oder einige Quadratmeter hinzu und stellen eine Reihe der prächtigsten Kleider aus, die davon Zeugnis ablegen, dass sie allen Ansprüchen gerecht werden können. Die Preise sind nicht viel anders, als sie den ganzen Herbst waren. Gute mittelgroße Ware erhält man für 10 bis 15 Pfennig im Pfund. Auch der Abschnitt ist billig, 5 bis 8 Pfennig gibt man für das beste Quantum. Bereits dringt man schon blauen Mohn, derzeit kostet im Pfund, ungewählten, 40 Pfennig, gemahlen 45 bis 50 Pfennig.

Der Gemüsehandel macht mit seinen Auslagen förmliches Aussehen. Viele besonders verstehen es mehrere Großhändler, ihre Waren durch geschickte Gruppierung zur Verbindung zu bringen. Die jungen, zarten Radieschen haben jetzt Winterpreise, das Kindchen kostet 15 bis 20 Pfennig. Schnittlauch kostet ebenfalls ein winziges Pfäschlein 5 Pf., Rosenkohl ist wunderlich, aber leider für uns alle zu teuer. Grün- und Blaukohl erhält man dagegen billig, für 3 bis 4 Stunden zahlt man 10 Pfennig. Sellerieknollen sind möglich, für 10 bis 20 Pfennig gibt es eine große Knolle. Petersilie ist billig, Blätter sind auch nicht teuer, aber sehr viel böse. Blumenkohl ist jetzt sehr teuer geworden, ein winziges kleines Kindchen kostet 15 bis 20 Pfennig, große Bracteaten 10 bis 80 Pfennig. Weißkohl ist jetzt nur noch im Kleinhandel häufig, die Riesenangebote sind für dieses Jahr zu Ende, einzeln muss man jetzt einen Pfund 10 bis 12 Pfennig zahlen. Blaukraut ist höchstens und um einige Pfennige teurer als Weißkraut. Erdbeeren sind in guter Ware am Platz. Wassertrübe, eine Erbsenreihe für Kinder, sind billig zu haben, 3 bis 4 Pfennig für 5 Pfennig. Weiße und schwarze Kartoffeln werden viel herangebracht und gehen mal zum Butterbrot genossen.

Der Wildmärkt ist jetzt hauptsächlich reich mit Hasen bestückt, die aber schon um 10 bis 50 Pfennig pro Stück teurer gehoben sind als zu Anfang des Saisons. Fasane sind überaus billig, wennen kosten 1.50 Mark, Hähne 1.50 bis 2.50 Mark, werden aber wenig oder fast gar nicht von den unteren und mittleren Volkschichten gekauft, da sie als teuer gelten und daher auch bei so billigem Angebot wenig Eingang finden.

Der Gänsehandel ist kaum zu übersehen, das Anhabet stiegert sich jetzt vor Weihnachten mit jeder Woche mehr. Die Preise sind augenblicklich erträglich, was aber bald anders werden wird, je näher Weihnachten heranzieht. Jetzt kostet man Hähnchen verhältnismäßig billig, 60 bis 70 Pfennig ist gegenwärtig der Durchschnittspreis für das Pfund. Ein Gänselein kostet 60 bis 75 Pfennig.

Die Seefischhandlungen boten schönen Schwung an; große Fische kosteten im Pfund 50 Pfennig, kleinere 20 Pfennig. Auch schönen Goldbars und Seelachs konnte man billig ersteilen. Grüne Heringe sind eingetroffen, aber sie sind in den letzten Jahren ganz erheblich teurer geworden, man fordert für 2 Pfund 25 Pfennig. Blaufische sind reichlich vorhanden, nur wieder etwas teurer als in den letzten Wochen. Lebende Krebse kosten wieder 1 bis 1.50 Mark.

Butter ist unverändert 1.80 Mark, Kochbutter 1.10 bis 1.20 Mark. Frische Eier 1.35 bis 1.50 Mark, kleine Käsestücke 90 Pfennig bis 1 Mark.

Ein kleiner Stillstand ist jetzt bei den Blumenhändlern zu bemerken, dieser ist aber immer noch dem Totenseite zu verdanken, da ein jeder seinen Bedarf gedeckt hat. Außerdem ausländischen Schnittblumen sind noch sehr schöne Erlösungen und

bunte Chrysanthemen vorhanden. Herrliche Schling- und Blattblumen erhält man sehr preiswert und bilden im Winter einen schönen Zimmerdekor.

* Achtung, Konsumenten! Montag, den 23. November, Abends 8 Uhr, finden in folgenden Lokalen sechs Versammlungen statt:

Hilfspelwih bei Hanuschek, Wipperstrasse 21.
Für Ohlauer Vorstadt in der "Windenblüte", Königsstraße 10.

Für Streblener und Bohrner Vorstadt bei Deutscher, Hubenstraße 50.

Hilf Schleinitzer Vorstadt bei Schramm (Schleinitz), Küblerstrand zur Ober, Alberstraße 10.

Hilf Sand- und Oder-Vorstadt bei Caspelle, Matthäusstraße 88.

Hilf Tschansch und Umgegend bei Rentsch, Ohlauer Chaussee 10.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Welche Beziehungen bestehen zwischen der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung?

2. Frei Diskussion.

Referenten: Genossen Kürth, Schlegel, Schneidewind, Todus, Winger, Zimmer.

* Ein unverständliches Urteil. Ein Dienstmädchen von hier hatte am 1. März d. J. in ihrer Wohnung auf der Sandstraße, während einer Nachbarsfrau sich um eine Hebamme bewilligte, auf einem im Zimmer befindlichen Eimer, der zum größten Teile mit Wasser angefüllt war, eine Kugel verschießen wollen und hat dabei ein Kind geboren, das erst von der hinzugekommenen Hebamme im Eimer als Leiche gefunden wurde. Die junge Mutter will nach der Geburt beinahe unbewusst sein. Die Obduktion der Leiche ergab, dass das Kind bei seiner Geburt gelebt haben müsse und wahrscheinlich infolge Ertrinkens ums Leben gekommen ist. Der Staatsanwalt beantragte, die Sache dem Schwurgericht zu überweisen, da vorläufig kein fahrlässiger Kindesmord anzunehmen sei. Die erste Staatsammer hielt nach der heutigen Verhandlungnahme jedoch lächerliche Thümpf für vorliegend und verurteilte die Angeklagte zu einem Monat Gefängnis.

Die Darstellung der Vereiterten Klingt doch durchaus glaubwürdig, und deshalb ist es uns unverständlich, wie man überhaupt in einer Verurteilung kommen konnte.

* Zu schweren Zuchthausstrafen wurden am Sonnabend vor dem hiesigen Schwurgericht der Maschinenputzer Max N., Schuster Paul N. und Schlosser Paul K. verurteilt. Am Mittag des 12. Oktober traten sich die Angeklagten auf dem städt. Arbeitsnachweis. Da sie aber keine Arbeit, standen gingen sie nach der Nikolainvorstadt. Unterwegs kam ihnen der Gedanke ob sie nicht da ihr Geld sehr knapp war, irgendwo etwas erwerben könnten. Sie kamen gegen 8½ Uhr unter anderem auch in die Restauration von Lößnig auf der Leipzigerstraße. Paul N. und Paul K. machten sich ans Billardspielen. Sie bestellten sich auch alle etwas zu essen. Die Wirtin ging deshalb in die Küche, um das Essen zurecht zu machen. Diese Gelegenheit nutzte Max N., um aus einem Fach des Buffets ein Portemonnaie mit 152 Mark Inhalt zu entwenden. Nach einiger Zeit verließen sie das Lokal und gingen nach den Zeichäckern. Hier teilte Max N. das gestohlene Geld, behielt für sich aber den Löwenanteil. Da sie nun jetzt reichlich mit Geld versehen waren, gingen sie von einer Kneipe in die andere und gelangten auf ihren Wagen durch die Stadt in die Restauration von Künige auf der Vierthurnstraße. Paul K. wollte hier einmal austreten und ließ sich, weil er nicht gleich den richtigen Weg kannte, von der Wirtin diesen zeigen. Die Wirtin will darum gern erklärt haben, dass jemand die Tür von drinnen zuschlug. Als sie im nächsten Augenblick zurückkehrte, bemerkte sie den Max N. hinter dem Buffet, aus dem er ein Portemonnaie mit circa 40 Mark Inhalt entwendet hatte. Er sprang der Wirtin sogleich an den Hals, wogegen sich diese zur Wehr setzte. Paul N. rückte sie deshalb am Arm und schlug sie ins Gesicht. Max N. will nun das Portemonnaie auf einen Tisch geworfen haben, während die Wirtin angibt, Paul N. habe dies übernommen und sei mit diesem drausen gewesen. Max N. wurde, nachdem er den Wirtin K. noch einen Stoß mit dem Beine gegeben, auf der Straße bald festgenommen. Paul N. wollte nun seinen Bruder bestreiten und habe zur Wirtin gesagt, machen Sie mir keinen Klammau, dort liegt ja ihr Geld. Darauf verdüstete er eiligst. Paul K. kam gar nicht mehr herein. Die Wirtin erwischte ihn aber draußen und wollte von ihm die Personalkarten der beiden anderen haben. Er gab an, diese nicht zu kennen und entfernte sich gleichfalls, ohne dass ihn die Wirtin halten konnte. Der Sachverständige war der Meinung, dass der Angeklagte Max N. wohl ehrlich ist, aber nicht unzurechnungsfähig sei. Der Staatsanwalt erfuhr deshalb auch die Geschworenen, die Schuldfragen zu bejahen und mildere Umstände zu verneinen. Die Taten

wurden fortgesetzte, gemeinschaftliche schweren Diebstähle und leichter mit Gewaltanwendung. Die Verteidiger, drei den Angeklagten zugewiesene Reiterbare, versuchten die Ausführungen des Staatsanwalts zu entkräften, jedoch ohne Erfolg. Die Geschworenen befanden in fast allen Punkten die Schuldfragen. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin für Max N. eine Zuchthausstrafe von insgesamt 5 Jahren und 10 Jahren Ehreverlust, für Paul N. eine solche von insgesamt 2½ Jahren und 5 Jahren Ehreverlust und für Paul K. 5 Jahre und 10 Jahre Ehreverlust. Das Gericht erkannte wegen schweren und räuberischen Diebstahls für Max und Paul N. auf je 5 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehreverlust und für Paul K. auf 4 Jahre Zuchthaus und 6 Jahre Ehreverlust und legte alle auf Stellung unter Polizeiaufsicht und Tragung der Prokosten. Die Verhandlung dauerte ununterbrochen bis gegen 6½ Uhr abends.

* Eine Madame, bei der es zu schnell und zu viel kochte, hatte sich am Sonnabend vor dem Stadtmuseum zu verantworten. Es schnell kochte bei ihr nämlich die Birne und zu viel kochte immer ihr Dienstmädchen Käthe. Frau Wiedermann Schlesinger von der Höchstädtstraße ergriff die allerkleinsten Kleidungsstücke. Sie schalt auf ihr Dienstmädchen Anna Gottschall bei der geringfügigsten Soche und hatte sie auch früher schon einmal entkleidet. Eigentlich hatte das Dienstmädchen wieder anständig zu viel Käthe erlaubt, ein Verbrechen, das Frau Schlesinger damit zu Ihnen glaubt, indem sie dem Dienstmädchen den leeren Kaffee topf ins Gesicht schüttete. Die „anständige“ Frau beschuldigte vor Gericht allerdings, das Dienstmädchen hätte sie gestoßen, weshalb diese ebenfalls angeklagt wurde. Es fandte sie aber nichts nachgewiesen werden, da sonderbarer Weise der Schenkmann der angeklagten Dienstmädchen kein Zeugnis verweigerte. Dem Staatsanwalt blieb nichts übrig, als gegen das Dienstmädchen die Freisprechung zu beantragen. Die schlafende „Herrin“ wurde, trotzdem das Mädchen von dem Schlag mit dem Kaffeeblatt blutende Wunden davontrug, auf Anraten des Staatsanwalts zu nur 8 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wir konnten noch nachdrücklich feststellen, dass Frau Schlesinger ihrem Dienstmädchen auch den Lohn für 14 Tage vorbehalt, weil diese wegen der Mischung eher aus dem Dienst trat. Es handelte sich um 29 Mark. In dem Vergleich, in dem das Mädchen lebenselbstmäßigt, wurden ihr 15 Mark angelobt. Frau Schlesinger soll in kurzer Zeit vier Dienstmädchen gehabt haben. Das ist bei solcher Behandlung auch kein Wunder. Es wäre gewiss sehr gut, wenn alle Dienstmädchen ihr in die Dienstmädchenorganisation eintreten würden, damit solche „Herrschäfte“ befannnt würden, und einmal dafür gesorgt werden könnte, dass ihnen eine bessere und anständigere Behandlung von ihren Dienstgebeten und deren Angehörigen aufgezeigt wird. Am Sonnabend, den 4. Dezember, Nachmittag 4 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus in der Königsstraße 14 eine Versammlung der Dienstmädchen statt, in welcher diese alle ihre Schmerzen vorbringen können.

* Mord oder tödlicher Unfall? Sonnabend früh um 5 Uhr ist, wie schon kurz gemeldet, auf der Schweidnitzer Chaussee vor der Ewald-Mitternich'schen Gärtnerei zwischen Kreuz und zwischen Hartlieb die Leiche eines Mannes aufgefunden worden, der allem Anschein nach durch Überbeladen gelöbt worden ist; ein Rad scheint ihm über Kopf in Gesicht gegangen und den Schädel zertrümmert zu haben. Da kommt Geld in Form von 58 Mark in einem Sackportemonnaie a'8 auch die Uhr bei dem Toten vorgefunnen worden, es schaut ein Haushalt als ausgeschlossen. Aus Rechnungen Breitländer Kaufleute, die im Notzlinne des Toten vorgefunden wurden, geht hervor, dass es sich um Frachtlinien mit Gabel aus Heidersdorf, Weiß Rumpf, handelt, der mit einem Fuhrwerk Wagen aus Breslau geholt hat und sich auf dem Heimweg befand. Entgegen ist der Mann aus irgend einer Ursache von seinem Wagen heruntergestoßen und vom eigenen Ketten überfahren worden oder er ging, wie es die Frachter oft zu tun pflegen, in Fuß neben seinem Wagen einher und wurde von einem der dieleitenden Chauffeurestreife so häufig verkehrenden Automobilen erfasst und tödlich verletzt. Von dem Frachtfuhrwerk Gabel fehlt bisher jede Spur; aus Heidersdorf ist auf Anfrage gemeldet worden, dass es dort nicht ankommen sei. Es wird angenommen werden, dass die fahrlässigen Werke weit gegangen sind, bis sie jemand bemerkte und in seine Obhut nahm oder, sie sind an einem Gasthofe, in dem Gabel einzuhören pflegte, von selbst stehen geblieben.

* Marga Delvard und Mag Henry: Eieder und Stimmen. Die legten der unsern Freien bekannten Schriftsteller ergötzen uns am Donnerstag durch ihre erschöpfende Freiheit, indem sie über die gleichen in gleicher Weise befriedigten. Marga Delvard wußte die ersten, französischen Eider („Madame“ von Hans Hen) ebenso trefflich zu geben, wie die heiteren und lustigen („Die Heilsarmee“ von Frank Wedekind). Und ihr männlicher Eider erfreute uns nicht nur durch Gesang und Musik, er glänzte auch als humorvoller und am unterer Tonlage. Und das, obwohl ihn — er ist am Anfang erkrankt, die vielen Nachklangen noch mehr einschüchterte, als die nicht allzu zahlreichen Anwesenden.

* Ein Gardinenbrand entstand Montag früh 7½ Uhr in dem Grundstück Neustadtstraße 5, 2 Etg. Die Mannschaften der Feuerwehr rissen die Gardinen ab und löschten das Feuer. Mit den Aufzäumungssarbeiten hatte die Feuerwehr eine halbe Stunde an tun.

In der Nacht zum 9. September war nun einer der armen Kunden vor Übertreibung auf dem Betrande ständig eingeschlossen. Der Herr Gaststätter entdeckte ihn und schlug unbedarft mit einem Gummischläger, an dem Blei befestigt war, auf ihn los. Der weinende Kunde wurde die Treppe hinunter geprügelt, bei den Ohren genommen und gegen eine Wand geworfen. Schließlich floh man ihn, der auch schon mit einem Messer bewaffnet worden war, auf die Straße. Dort nahm ihn ein Polizeibeamter in Empfang. Dieser sagte in der Verhandlung aus, dass er die unerhörte Brüderlichkeit und das Geschrei des grautümlich misshandelten Kunden auf der Straße gehört habe und deswegen hinzutreten sei. In seiner Zeit habe der Hotelier, als er den Kunden die Treppe hinunterstieg, gesagt: „Schlage Dich tot, Du Hund!“ Der Kunde habe an Händen und Ohren gebüßt; auf der Straße habe man festgestellt, dass der Bevölkerung über und über am Körper mit blauen Flecken bedekt gewesen sei. Acht Tage war der Junge arbeitsunfähig. In der Verhandlung wurde ferner festgestellt, dass in dem Betrieb des Angeklagten Lehrlingsmäßig Handlungen an der Tagesordnung seien. Das Hotel nennt sich Kaiser Wilhelm.

Der patriotische Kindermühlhändler kam mit einer Geldstrafe von 100 Mark (hundert Mark) davon. Der Ankläger hatte zwei Monate Gefängnis beantragt.

Mit diesem außergewöhnlich milden Urteil vergnügte man die Straßen, die von Holländischen Richtern über Mansfelder Streifjäger, die einen Arbeitswilligen angeschaut haben sollen, oder Bobrachtbewohnerstränen, die einen Polizisten schief angeschaut haben.

Geachtbarer Fabrikbrand in Amerika. Eine furchtbare Feuerkunst zerstörte die Fabrik der Newark Paper Company zu Newark (New Jersey). Die Flammen breiteten sich so schnell aus, dass einer großen Zahl der Arbeiterinnen der Ausgang abgeschnitten wurde. Viele Mädchen wurden beim Sprung auf die Straße getötet, oder schwer verletzt. Eine weitere Zahl erlitt tödliche Brandwunden.

Die Fabrik war in einigen Minuten in ein Flammenmeer

gehüllt. Die meisten der in den unteren beiden Stockwerken beschäftigten Mädchen konnten sich retten, denen in dritten und vierten Stock wurde jedoch jeder Ausweg vom Feuer abgeschnitten. Nun spielten sich furchtbare Szenen ab, die Mädchen erstickten von Flammen umholt, an den Fenstern und machten Miere auf die Straße zu springen. Die zahlreiche Menschenmenge und die Feuerwehr, die sofort Leitern ausrichtete und Reiche ausspannte, suchten sie durch Fenster hinaus zu retten, aber, dass die Wände zwischen dem Versteckungskode und dem gefährlichen Ortsteile gesetzt, legten viele dieser und kommen

verschmettert auf dem Straßenpflaster an. 25 von ihnen wurden in der Fabrik ins Krankenhaus gebracht. In der Fabrik stand die Feuerwehr 12 Leichen von Arbeiterninnen: viele von ihnen waren so verbrüht, dass sie nicht identifiziert werden konnten. Weitere 25 Mädchen werden vermisst. Zweihundert liegen ihre Leichen unter den Trümmern der vollständig niedergebrannten Fabrik. Nach einer weiteren Meldung ist die Zahl der Opfer bereits auf 40 angewachsen, doch scheint die schreckliche Liste damit noch nicht abgeschlossen zu sein. Von den Feuerwehrleuten wurden heroische Versuche, die Flammen zu retten, gemacht. Hierbei wurden viele durch Trümmer verlegt oder erlitten schwere Brandwunden.

Die Feuerwehr war in dem zweiten Stockwerk des vierstöckigen Gebäudes ausgebrochen. Die Mehrzahl der getöteten Arbeiterninnen war im vierten Stockwerk in einer Damentuchfabrikationswerkstatt beschäftigt. Bei den Aufräumungsarbeiten stieß die Feuerwehr auf einen Haufen von 20 verschütteten Frauenleichen und zwar vor dem Fenster, an dem die Rettungskräfte angriffen. Angreifbar war, die aber wegen der aus dem unteren Stockwerken entstiegenden Flammen nicht benutzt werden kann. 14 Mädchen kamen sofort nach dem Sprunge aus den Fenstern um, 8 starben in den Hospitalen, der Rest erlitt die Flammen. 6 Mädchen sprangen zugleich in das Sprungtuch, alle waren sofort tot, mehrere sind an ihren Nähmaschinen verbrannt, andere folgten worden. Die Brandursache ist eine Gasflaschenexplosion in der Lampenfabrik im dritten Stock. Der mit Kerosinöl gefüllte Boden und das Papierhochleimmaterial brannte wie Zunder, der Wind fachte die Flammen an. Die Fluchtmöglichkeiten waren ganz ungünstig. Männer stürzten ein und begruben die Leichen, vielleicht auch Lebende; viele sind verbrüht. Die Totenliste wächst ständig an.

Der Polizeipräsident und die Guttaudien. Der Berliner Polizeipräsident reichte folgende Bekanntmachung: Seit längerer Zeit ist die Beobachtung gemacht worden, dass viele Damen ihre Hörte auf dem Kopf durch lange Haare befestigt, deren Spitzen über den Hinterkopf hinragen. Diese Hörte sind innerhalb der Straßenzügen solcher Nebenstraßen, wie alle, die in die Nähe der Trägerinnen solcher Hörte kommen, eine gewisse Gefahr, zu der sind auch tatsächlich bereits mehrfach Fälle von Verletzungen, die durch die Hörte entstanden. Ich sehe mich daher im Interesse der öffentlichen Sicherheit veranlasst, dass die Damen zu erkennen, dassartige langherabhängende Hörte ganz zu vermeiden, oder wenigstens deren Spitzen durch Schleifen, wie sie hier in den Geschäften befinden, zu befestigen, und so unzweckmäßig zu machen. Ich darf wohl erinnern, dass es nur höchst unzweckmäßig ist, um des gefährlichen Hörtes zu retten, und es mir erwartet bleibt, dass anderweitige Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

Verhaftung eines Mörders. Der Kaufmann Otto Antelius aus Offenbach a. M., der vor zwei Jahren in Magdeburg den Sportvereinsteiger Walter schockte, ist in dem Südlichen Petropolitana in Braunschweig verhaftet worden und bereits gestern in Hamburg eingetroffen, von wo er nach Magdeburg weiter transportiert werden wird.

Sonderbare „Rechtsstehende“.

Über die Geschlossenheit der „Faktion der Freien“ Bemerkung ist in den vergangenen Wochen in Breslau viel gesprochen worden und die freisinnigen Zweifel an der Einmütigkeit der konservativen Herren wurde von der Rechten energisch zurückgewiesen. Zwar spricht das lauslose Verschwinden des Herrn Professors Dr. Seissert, eines der sympathischen Herren der Rechten, gerade nicht für besondere Harmonie bei unseren Nationalionären. Aber es geschehen auch andere Dinge und Wunder. Der „rechtsstehende“ Stadtvorsteher Weide stimmte bei der Stadtvorsteherwahl für den liberalen Kandidaten Spennner gegen den rechtsstehenden Weiß, und der „rechtsstehende“ Stadtvorsteher Ratzsch stimmte bei der Landtagswahl für den freisinnigen gegen den konservativen Wahlmann! Besondere Ansichten von einheitlicher Willensbildung und geschlossener Disziplin stehen das gerade nicht zu sein. Aber wie denken die Herren Herschel und Nitschke darüber?

Stadtvorsteher-Versammlung.

Für die Sitzung am Donnerstag dieser Woche liegen meistens nur alte Vorlagen vor, die seit Wochen auf der Tagesordnung stehen. Solche sind die Interpellationen wegen des Hochwasserschadens, der Durchgang durch die Brüder- und Feldstraße, Ausläufe auf der Hubenstraße, in der Ohlauer Vorstadt und in Orlaschin, Verlegung der Pflasterung in der Grauenstraße, Einrichtung von Läden am Karlsplatz, die 4-jährige Begrenzung von Stadtbefreiungen und kleinere Anträge.

Unter den neuen Vorlagen befindet sich eine solche, welche neue Sanktungen für die Städtische Bank festlegt und ferner die Vorlage, die Stadt möge sich an der Eröffnung der „Internationale Hygiene-Ausstellung“ mit einem Auswande von 4000 M. beteiligen.

Reuter-Feier.

Herr Ottomar Eulius, der als Reiter und Rektor an der Reuter-Feier der Breslauer Arbeiterschaft mitwirkt, ist dem deutschen Literaturnachwuchs kein Fremder. Er hat eine Reihe von Romanen verfasst, deren beste — wie nennen hier nur die „Kamilie“ C. Behn“ und den „Batriarch Matzne“ — an humoristischer Kleinstadt- und epischer Volledlung manchen an Reuter erinnernden Zug aufweisen.

Sein Rezitationstalent hat Herr Eulius in Breslau schon gezeigt, als er vor einigen Jahren in der „Freien Literaturschen Vereinigung“ unter großem Beifall eigene Dichtungen vortrug.

Wie wunderbarst er Reuter liest, gelingt sich daraus, dass er in den letzten Wochen u. a. in Mannheim und in Hanau bei den sogenannten Reuter-Festen die Rezitation übernommen hatte. Die Breslauer Arbeiterschaft wird sicher bald seine Gelegenheit erhalten, wieder solch einen sonorigen Reuter-Rezitator zu hören.

Auch pianistischer Begleiter der Sängerin, Fräulein Konde, fungiert unter alten Freunden, Herr Hugo Warf.

Die Programme sind an den allseits bekannten Seiten für 20 Pfennig zu haben. Eile jeder Genosse, sich und seinen Angehörigen Plätze bei der wördigen und zugleich abwechselungsreichen Feier zu sichern!

*** Nebellischer Innungsmester.** In der im „Deutschen Kaiser“ abgehaltenen Versammlung ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall. Der Vorsitzende, Malzmeister Ludwig, teilte der Versammlung mit, dass das 25jährige Bestehen des Innungsbundes feierlich begangen werden soll. Gedacht sei die Aufführung eines Festspiels, das die Entstehung der Innungen und die Teilung der Brüderlichkeit für die Innungen durch König Wenzel von Böhmen darstellen wird. Eine Abordnung wird zum König eilen, die die Wünsche der Handwerker vorbringen. Herr Ludwig verstand es, das geplante Festmahl schwach zu illustrieren. Alles hörte auf und freute sich, ein so festliches Fest zu genießen. Nur einer war es, dem die Aufführung nicht recht passte.

Das war der Schlossobermeister Frieseler, den wir die Ehre haben, zu kennen. Herr Frieseler wollte sich als ein großartiger Mann zeigen, der das Nützliche mit dem Vergnüglichen verbindet. Das Fest sei ja ganz gut, aber es muss auch etwas Ernstes vorgeführt werden. Der Ausschluss soll bei dieser Gelegenheit einmal Kundgeben, was er in den 25 Jahren getan und für das Handwerk getan habe. Dabei ließ er eine Philippine gegen die Breslauer Handwerksschüler los — was wohl der eigentliche Zweck seines Speechs war. „Wir dürfen ja nur tun, was von oben verlangt wird und was die Handwerksschüler will.“ Das Organ der Komitee wünschte die Gelegenheit und kritische Artikel bringen. Die Komitee kost jährlich 50.000 Mark und die Kosten müssen wir zahlen“. Wir, er meinte den Innungsausschuss, sind eigentlich nur eine „gepünzte Seele“. (Höchst!) Herr Frieseler, den wir alle hochschätzen, ist die Seele, er ist aber auch die Seele der Handwerksschüler, wenn der sich einmal anstreibt, wie sieben wir dann da? Die große Rede veranlasste Herrn Peterendorf Schindler, von der Handwerksschüler, Herrn Frieseler entgegenzutreten. Er sei bestrebt, für das Fest eine Festlichkeit heranzubringen, welches Auftrag er freudig entgegenommen habe. Nach der Rede des Herrn Frieseler möchte er jedoch ein Auftrag in die Hände der Versammlung aufzubauen. Nicht er könne es ihm wieder annehmen, als bis der Innungsausschuss anerkannt hat, dass er das Vertrauen der Versammlung habe und verbrene. Die Vorwürfe, die Frieseler gegen die Komitee und sein Organ geäußert, seien ungerechterhaft, fügte er hinzu. Die Komitee das Interesse des Handwerks wahr. Herr Schornsteinmeier-Obermeister Conradt war gleichfalls „empört“, die Innung habe schon viel geleistet und mit Unterstützung des Magistrats schon die erreicht. Solche Reden dienten einer Innungsversammlung überhaupt nicht vorzutragen. Frieseler hat ja den Innungen ein Amt zuweisen ausgestellt. Schließlich bat Frieseler den Referendar reumäßig um Verzeihung, er habe es nicht so gemeint, und dem Verteiler der Handwerksschüler wurde einstimmig ein Verkäufervolumen ausgestellt.

*** Gesetzesverächter.** Wie u. wiederholten Malen festgestellt werden konnte, richtet sich ein erheblicher Teil der Inhaber offener Betriebsstätten leidenschaftlich nach den preisstatutarischen Belehnungen bei den Auktionshäusern. Ganz bestrebt ist dies auch in den äußeren Stadtvierteln der Fall. Am Interesse der Angestellten schied die Kontinuation das dringende Erfuchen an diese Geschäftsinhaber, ihre Löhne pünktlich zu schließen, anderfalls sie sich verantwaltet sehen müsste, jede diebstahlsgleiche Uebertragung an Angehörige zu bringen.

Die Handelsangestellten-Schulform ist, das aufgehechte Schirmädchen. Ein Schirmädchen, das in dem Schirmfeld von Schülern ein Jahr bestätigt war, hat noch ihrem Abschluss ein nicht gerade empfehlendes Beweisstück erbracht. Es konnte auf dieses Ergebnis kein anderes Unterkommen finden. Die schlechte Kondukte betrifft die Leistung und die Führung, mit denen die Firma garantiert zugetrieben war. Das Mädchen lagte im Bestande ihres Betriebes auf Ausstellung eines anderen Abgaszettels. Die Frau Chefin wollte aber durchaus ein anderes Ergebnis selbst die ein achten Beurteilungen hätte sie nicht bestanden. Dazu sei sie tödlich verängstigt gewesen, nichts habe sie sich sagen lassen. Ich brauche mir nichts zu stellen zu lassen, ich tu es, was ich will. Wenn ich kann, kann ich das geben, anworte die Chefin: ein anderes Schirmädchen muss sich schon etwas gefallen lassen, das kann ich ja gestatten. Der Geschäftsführer Müller, der als Schwesterländer war — so genau nahm das Kaufmannsgericht die Sache — wusste zugeben, dass die Firma in tatsächlich in dem Schirmfeld nicht

zu gebrauchen war, die einfachste Entlastung verstehe sie nicht. Auf diese Weise konnte das Gericht für die Firma nicht tun, die Vorsteherin riet ihr, die Firma aufzulösen, um die Kosten zu sparen. Das tat der Vater schließlich auch.

*** Strafenbenennung.** Auf Vorschlag des Magistrats hat der Vorsteherpräsident dem von der Straße am Wälzchen an schon den Grundstücken 19 b und Nr. 20 über die Kleine Dreilindenstraße und die Große Dreilindenstraße bis zum Schiebmerberghaus führenden Verbindungsgasse die Bezeichnung „Hollholzgasse“ und die Straße 40 a des Bebauungsplanes der Südstadt, die als südl. Fortsetzung der Hollenstraße von der Steinstraße bis zur Hellmuthstraße führt, auch die Bezeichnung „Hollholzgasse“ erteilt.

*** Deutscher Volkshilfsverein.** Dommerstor, den 1. Dezember, Abends 6½ Uhr, im Gasthaus Espre, Wallstraße, 8, Sammlung der Elternbranche. Tagesordnung: 1. Die Lohnverhältnisse in der Breslauer Elternbranche (Ergebnis der Sozialf.). 2. Diskussion und Vorrede zum neuen Vertrag. 3. Wahl eines Vertreters in der Verhandlungskommission. 4. Verschiedenes.

Mittwoch, den 30. November, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Ritterstr. 2, Riegelste-Brancheleiter und Werkstatt-Deklegationen. Versammlung. Tagesordnung: 1. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Referent P. Siebold. 2. Diskussion. 3. Was sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Lohnbewegung. 4. Verschiedenes.

*** Deutscher Schneiderverband, Filiale Breslau.** Wegen des bald beginnenden Schneidekurses für die englische Damenmode ist es so ein die Sitzungsergebnisse der Damenkonfektionsbranche bis auf weiteres aus. Alle die zum Kursus gemeldeten Teilnehmer beim Schneidemessen findet morgen Dienstag Abend Punkt 8 Uhr im Bureau (Gewerkschaftshaus) eine Sitzung statt. Melddungen zum Kursus werden dabei noch entgegengenommen. Gleichzeitig sei auch auf die heute Montag im Gewerkschaftshaus, Zimmer 2, stattfindende Generalversammlung des Braunschweiger Konfektionshunderts aufmerksam gemacht. Die Ortsverwaltung.

*** Humboldtverein für Volksbildung.** Dommerstor, den 1. Dezember, Abends 8 Uhr, und der praktische Arzt Herr Dr. Emil Reißer im Turnsaal der Tonges-Märkisch'schen Schule, Rendorfstraße 34, über gewerbliche und ungewerbliche Erziehung sprechen. Der Eintritt zu diesem Vortrage ist für jedermann frei.

*** Verlorene Vertragsmarken.** Dem Hilfskasse des Handelsarbeiter-Verbands Paul Keller ist am Sonntag auf dem Markt von der Gewerkschaftsstraße nach der Reichstraße ein Kontoauszug mit 8 Verbandsbeitragsmarken zu 50 Pf. und 4 solche zu 50 Pf. verloren gegangen. Der Finder dieser Marken wird erachtet, die selben im Verbandsbüro, Margaretenstr. 17, II., abzuliefern.

*** Gasvergiftung.** Im Schreiberei wurde Freitag Abend in der gehoben — und in einem Hause der Hospitalstraße ein junges, 22 Jahre altes Mädchen aus Breslau, das dort bei Verwandten wohnte, tot aufgefunden. Das Mädchen hatte in seltsamer Weise die Gasbühne geöffnet gehabt. Das Breslauer Mädchen war in einem schönen Kleid an die Tötung thätig. Über das Motiv der Tat ist bisher nichts Sichereres festgestellt worden.

*** Zu dem tödlichen Unglücksfall des Brachialbeamten Gabel erfahren wir, dass die Vermutung, er sei von seinem eigenen Fahrer überfahren worden, sich als richtig herausgestellt hat. Das törichte Gespräch war in der Nacht bis Sonntag gegangen. In dem dortigen Gasse hatte der Pferde Gabel eingeziehen und dort hatten auch jetzt die Pferde stillgehalten. Blutspritzer am Boden zeigten deutlich, dass dies über den Kopf Gabels hinweggegangen war und die tödliche Verlehung herbeigeführt hatte. Die Leiche des Verunglückten befindet sich bis zur Einweihung in Kliniken, da die Freigabe durch die Staatsanwaltschaft noch nicht erfolgt war. Die zweitlose Ermittlung der Person des Getöteten ist durch dessen eine Tochter erfolgt, die noch am Sonnabend auf Hederdorf in Krieger eintrat. Gabel war 34 Jahre alt und hinterließ neben einer hochrangigen Frau noch zwei kleine Kinder.**

*** Die Person des unbekannten Toten, der vor einiger Zeit an der Hundsteider Eisenbahnbrücke aus der alten Oder gelandet wurde, hat bishe noch nicht ermittelt werden können. Der Erkundung war von Karl dem Körverban, hatte dunkelblondes Haar, rötliche Schnurkord und trug schwarzen Gehrock und Weste, dunkelgestreift. Hose, braun und weißgestreift. Hemd, volkraune Kravatte und sah eine schwarze Schnurkord.**

*** Feuer.** Am Freitag Nachmittag wurde die Feuerwehr infolge eines Balkenbrandes noch Matzohäuser 152 gerufen, wo in einer Reihe die unter dem Dach liegende Deckung in Brand geraten war. Schon mehrere Tage haben Freiwillige und Männer gekämpft, um den Brand zu löschen. Um den Brand herumgezogen waren auch jetzt die Pferde stillgehalten. Blutspritzer am Boden zeigten deutlich, dass dies über den Kopf Gabels hinweggegangen war und die tödliche Verlehung herbeigeführt hatte. Die Leiche des Verunglückten befindet sich bis zur Einweihung in Kliniken, da die Freigabe durch die Staatsanwaltschaft noch nicht erfolgt war. Die zweitlose Ermittlung der Person des Getöteten ist durch dessen eine Tochter erfolgt, die noch am Sonnabend auf Hederdorf in Krieger eintrat. Gabel war 34 Jahre alt und hinterließ neben einer hochrangigen Frau noch zwei kleine Kinder.

*** Ein Staubenband entstand Freitag Abend 10 Uhr in einer Wohnung im ersten Stock des Hauses Böttcherstraße Nr. 66. Zwei Stauben sind dort durch Fortwerfen eines brennenden Streichhölzchens in Brand geraten, der von den Einwohnern schon vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht wurde, aber sowohl Stauben als Ketten gestillt vernichtet hat.**

*** Das Spiel mit Streichhölzern.** Am Sonnabend Nachmittag entstand in dem Hause Neue Lanzenhainstraße 23, aus dem alle Bewohner sich zu einer Beerdigung eines Hauses wohnens vorbereiten hatten, Feuer in einer Wohnung. Ein dort zur Bewachung eines kleinen Kindes zuflüchteter Knabe hatte im Eingang mit brennendem Streichholz etwas gesucht und dabei eine größere Menge Watte in Brand gelegt. Das Feuer wurde infolge der großen Rauchentwicklung von Börsbergern bemerkt, die die Feuerwehr herbeizogen. Diese löschte den Brand alsdann mit der Feuerwehr.

*** Gefunden wurden ein Petroleumtopf mit einem Tropenöl, eine Bielle mit Kutteral, ein kleiner Gebiss und eine Hundesonde.**

*** Eine Pelzboa ist am Sonnabend im Gewerkschaftshaus liegen geblieben. Abzuholen im Gewerkschaftshaus am Buffet.**

Golfswachtlejer verfüßtigt bei Euren Gütaßen die Inserenten unserer Zeitung.

Brieg

Arbeiter-Konfektion.
Romant. H., Käpplerstr. 1. Opt. Käppler.

Bäckereien und Konditoreien.
Goldsch., Karl. Rückertstr. 57.

Dößmann, Adr., Rückertstr. 38.

Dößler, Herm., Rückertstr. 5.

Dößler, Hermann, Rückertstr. 46.

Kudell, Herm., Straße 4.

Schröder, Käpplerstr. 26. Mäßigte Feinkostquelle.

Kudell, Herm., Käpplerstr. und Landstr.

Bier-Brauereien.

Brüderer Dampfbrauerei, Herm. Vogelsch.

Brüderer Stadtbrauerei H. & C.

Dros., Farben, Verhandlungstr.

Ernst, Central-Drogerie, Rückertstr. 1.

Eiswaren, Brot- und Käsekonditorei.

Ernst, Julius, Ring 12 (Käppler).

Fahrträder, Nähmaschinen, Grammoph.

Ernst, Julius, Ringstr. 28.

Ernst, Julius, Dreherstr. 8. Opt. Käppler.

Herren- u. Kunden-Garderobe.

Herrnert, Ernst, Langstr. 1 (Nikolaistraat).

Wohlf., Eugen, Ring 27.

Holz- u. Kohlenhandlung.

Silber, Carl, Rückertstr. 55.

Herrn., Wäsche, Feinkost.

Herrn., Wäsche, Röcke, Rückertstr. 14.

Herrn., Wäsche, Röcke, Rückertstr. 11-12 (Schubert).

Rathshaus.

Bach, Carl, Ring 29.

Bach, Carl, Ring 29. Bill. Feinkostquelle.

Colonial- und Gemischtwaren.

Gaudelli, R., Schubertstr. 18 (Käppler).

Kurs-, Weise- und Wollwaren.

Götzsch., Wörner-Löhr, Rückertstr. 27.

Kunststoffwaren, Konfektion.

Heinz, Oskar, Ring 2 (Der Kleiderhof).

Kunststoffwaren, Damen-Konfektion.

Warschauer, S., Ring 35. Käppler.

Kuhwaren und Schuhmacher.

Götzsch., Schuhfabr., Ringstr. 27.

Häfner, Oskar, Rückertstr. 19, II.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 25.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 26.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 27.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 28.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 29.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 30.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 31.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 32.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 33.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 34.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 35.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 36.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 37.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 38.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 39.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 40.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 41.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 42.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 43.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 44.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 45.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 46.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 47.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 48.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 49.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 50.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 51.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 52.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 53.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 54.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 55.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 56.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 57.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 58.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 59.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 60.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 61.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 62.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 63.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 64.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 65.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 66.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 67.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 68.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 69.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 70.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 71.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 72.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 73.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 74.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 75.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 76.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 77.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 78.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 79.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 80.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 81.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 82.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 83.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 84.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 85.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 86.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 87.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 88.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 89.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 90.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 91.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 92.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 93.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 94.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 95.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 96.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 97.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 98.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 99.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 100.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 101.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 102.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 103.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 104.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 105.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 106.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 107.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 108.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 109.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 110.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 111.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 112.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 113.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 114.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 115.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 116.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 117.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 118.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 119.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 120.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 121.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 122.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 123.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 124.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 125.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 126.

Schuhm., Schuhfabr., Rückertstr. 127.

<

Dienstag, den 29. November 1910.

Die Königsberger Kaiserrede vor dem Reichstag.

87. Sitzung. Sonnabend, den 26. November 1910,
Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesstaatliche: Der Kanzler und verschiedene Staatssekretäre.

Die Kaiserreden.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht (Soz.):

Was gedenkt der Kaiser zu tun in Ausführung der vom früheren Böllow zugleich im Namen des Kaisers dem Reichstag abgegebenen Erklärungen, die durchbrochen worden sind durch die in diesem Jahre in Königsberg und in anderen Orten vom Kaiser über seine staatsrechtliche Stellung abgegebene Erklärung?

Der Reichskanzler erklärt sich zur sofortigen Beantwortung bereit. Zur Begründung erhält das Wort:

Abgeordneter Ledebour (Sozialdemokrat):

Im November 1908 waren sich sämtliche Parteien in ließgehen der Erklärung über gewisse Vorgänge einig. Auch Herr v. Heydebrand sprach von einer großen und nachhaltigen Erregung seiner politischen Freunde. (Hört, hört! bei den Soz.) Differenzen ergaben sich nur über die zum Abschluß solcher Vorankündigungen nötigen Maßnahmen. Ein großer Teil des Hauses forderte gesetzgeberische Maßnahmen. Ein kleiner Teil des Hauses wollte sich mit Erklärungen des Reichskanzlers im Namen des Kaiserstiftes begnügen. Deutlich zu erkennen sind auch Aussagen worden, und habe eine beruhigende Wirkung gehabt, allerdings nicht auf uns Sozialdemokraten, die wir sofort warten, sich mit solchen Verpflichtungen zu begnügen. Wir haben gar nichts dagegen, daß Wilhelm II. redet.

Die Reden Wilhelms sind das beste Agitationmittel für die Sozialdemokratie.

Wir verlangen aber, daß wir dem Kaiser ungeniert antworten können wie er sich ausdrückt. Gegenwärtig ist das nicht möglich. Es ist also ein Kampf in ungleichen Wässen.

Wir verlangen Maßnahmen dagegen, daß Wilhelm II. selbstberechtigt in die Politik des Landes eingreift. Die Interessen des Landes können dadurch geschützt werden und sind bereits geschützt worden. Hierzu sollten die Erklärungen von 1908 Garantie gewähren! Es ist auch anzuerkennen, daß in 1½ Jahren nichts geschehen ist, wenigstens nichts, was auf Kenntnis des Deutschen Reichs gekommen wäre, was der damaligen Zusicherung wider sprachen hätte. Da kam plötzlich die Königsberger Rede. Zunächst rief in ihr Wilhelm II. Familienvirtus, auf den ich hier nur soweit einzugehen will, als sie dem Kaiser dazu diente, seine staatsrechtliche Aussicht über seine Stellung zu begründen. Der Kaiser berief sich auf seinen Großvater, der aus eigenem Recht sich die preußische Krone aufs Haupt gesetzt hat und dabei bestimmt hervorgehoben habe, daß sie ihm von Gottes Gnaden allein verliehen sei und nicht vom Parlament, Volksversammlungen und Volksabstimmungen, daß er sich als ausgewähltes Instrument des Himmels ansiehe und als solches seine Herrschaftsrechte erfülle. Indem sich der Kaiser zu diesen Anschaunungen bekannte, bekannte er sich

zu Gottessgnadentum und zum persönlichen Regiment.

Die Aussicht von dem eigenen Recht ist historisch sehr ansehnlich. Durch allelei Intrigen erhielt sie und erwies sie sich der Fürst von Brandenburg vom damaligen römischen Kaiser deutscher Nation die Königskrone. Seit 1848 ist zudem die Krone durch freilich ungängige Verfassungserichtungen eingeschränkt. Es handelt sich also durchaus bei der Krone nicht um ein reines Gottesgeschenk an das Haus Hohenzollern, daß andere Leute nicht angeht. Die preußische Königskrone und mehr noch die deutsche Kaiserkrone sind nicht bloß Brunnstücks im Familienhauß der Hohenzollern, sondern staatsrechtliche Institutionen gebunden an bestimmte Verfassungsbestimmungen.

Zu seiner Königsberger Rede hat Wilhelm II. nach seiner Gewohnheit, allen möglichen Ständen, Personen und Städtchen gute Lehren zu erziehen. Er sieht nicht ein, daß die Masse der deutschen Frauen, die durch die moderne Entwicklung in das Wirtschaftsgeschebe hinzugewichen worden ist, es ablehnen muß, sich vom Träger der Krone, der eben erst aus Kosten der Steuerzahler eine Zukunft erhalten hat, Vorschriften über ihre Verantwortung machen zu lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Weiter hat der Kaiser von der Friedensbürgerschaft gesprochen, als welche er die Armee betrachtet. Wir unsererseits betrachten als beste Friedensbürgerschaft den allgemeinen Friedenswunsch der Welt, der sich u. a. in den proletarischen Organisationen offenbart. Bei der Gelegenheit will ich der unsterblichen Verdienste des eben verstorbenen Tolstoi für die Friedenssache gedenken. Solche Männer und Freunde wirken mehr zu Gunsten des Friedens als alle Panzerkreuzer. Wenn Wilhelm II. nur in der Rüfung die Gürtelkette des Friedens erblieb, so durchkreuzt er damit die doch auf internationale Friedensabmachungen gerichtete sein sollenden Bestrebungen der eigenen Regierung.

Wie betrachten die Königsberger Rede als bewußte Durchbrechung des Versprechens von 1908?

(Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Ein beliebiger Mitarbeiter der Norddeutschen Allgemeinen Subalterner (Söderkiet) hat die Rede zu rechtfertigen gefucht. Das sei ein schlechter König, der sich von wechselnden Tagesmeinungen beherrschen läßt, hieß es dort. Das will natürlich besagen, daß der König sich nicht um den Willen der Mehrheit seines Volkes kümmern habe. Die Folge davon pflegt zu sein, daß die Mehrheit des Volkes entweder mit der Person des Königs wechselt oder das Monarchensystem überhaupt abschafft. (Sehr wahr! bei den Soz.) Außerdem appelliert der Kaiser auch an die katholische Kirche. Will der Kaiser unter dem Segen der Franziskaner, Benediktiner, Kapuziner den Weg des Selbstherrentums gehen, so kann es nur recht sein. Es ist der Weg, den die Bourbonen und

Manuel II. von Portugal

begangen sind, Manuel, der mit den gleichen Ansichten wie Wilhelm II. erblich belastet war. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Die absolutistischen Regelungen einflussreicher Kreise, die auch hier im Reichstage in der bekannten Oldenburgerde und die in dem Staatsrechtsartikel des „Reichsboten“ Ausdruck gefunden haben, sind es, die dem Kaiser den Mut geben, das Versprechen von 1908 zu brechen. In diesem Sinn ist auch die Rede an die Potsdamer Freunde zu halten, die nichts ist als eine Überzeugung Oldenburgs ins Hohenzollernische. (Sehr gut! bei den Soz. — Unruhe rechts.) Der Männerstolz vor Königsäckern ist vorbei und der Sammlungsaufzug ist an die Stelle getreten. Die konservativen proklamieren Wilhelm II. als General der Sammlungsarmee.

Wilhelm II. als General der feindlichen Armeen kann uns nur willkommen sein. (Sehr gut! bei den Soz.) Gemeint sind wir auf die Haltung der Liberalen. Auf die Nationalliberalen kann ja nur ein unverfehlbarer Optimist Hoffnung setzen. Wenn aber die Freisinnigen, seit wie Bachmeyer an die Seiten der nüchternen Reden Böllows in unangemeldeten Volksversammlungen zurückgedrängt und sich nach einer Teilnahme an den Kavallerieattacken gegen die Sozial-

demokratie zu leben, an unserer Seite für die Freiheit gegen den Absolutismus kämpfen wollen, so sind sie uns willkommen, auch uns von der sogenannten radikal-rechten Richtung. (Hört, hört! rechts.) Wie leugnen nicht grundsätzliche Republikaner zu sein. (Hört, hört! rechts.) Das hindert uns aber nicht, mit zu arbeiten an der Errichtung freiheitlicher Institutionen, die, wie England zeigt, auch mit der monarchischen Vereinbar sind. Wir werden gegen den Absolutismus kämpfen, sei es mit, sei es ohne Bundesgenossen — und wenn die Welt voll Teufel wäre. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Der Zweck der ganzen Interpellation ist die Auflösung der Verfassungsfrage. Die Sozialdemokratie ist von leidenschaftlichem republikanischen Hass gegen unsere Verfassung erfüllt. (Acht, rechts, Lachen b. d. Soz.) Die Königsberger Rede verschafft in keiner Weise gegen die Erklärungen von 1908. Sie enthält eine Betonung des monarchischen Prinzips des preußischen Staatsrechts und den Ausdruck dieser religiöser Überzeugung, die in breiten Schichten des Volkes verstanden und gelehrt werden. (Sehr richtig! rechts u. im Zentrum.) Der preußische Staat ist durch seine Könige zusammengehalten worden. (Sehr richtig! rechts, Wiederholung links.) Gegenüber den demokratischen Bestrebungen, den preußischen Könige als einen vom Volke gewählten Wiederkämpfer zu behandeln, ist es verhältnißmäßig, wenn der König das Bewußtsein stärkt, keiner Volkssovereinheit zu unterstehen. Mit dieser Aussicht von der Stellung des Kaisers und Königs sieht ich auf verfassungsmäßigen Votum. Diesen Voten werde ich festhalten, getreu der Verantwortung, die ich mir durch mein Amt und meine politische Überzeugung bestimmen lasse. (Lebh. Bravo! rechts, Lachen u. Unruhe b. d. Soz.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. v. Hartung (Centr.):

Die Novemberage von 1908 waren keine glücklichen Tage für den deutschen Volk. Bindende Erklärungen seitens des Fürsten Böllow lagen 1908 nicht vor. Das haben damals die Abg. Hanfstaengl und Geier konsolidiert. Wir protestieren gegen ein Übermaß der Kritik an Kaiserlichen Reden. Wir sind Monarchisten, dulden uns aber nicht zum Thron. (Lauter Lachen links.) Die Wendungen von Gottes Gnaden und vom „außerordentlichen Instrument des Himmels“, sowie die Wohnung an die Frauen bedeuten in letzter Weise ein Übelstreiten der verfassungsmäßigen Befreiung. Wenn jeder einzelne Blicke sich zum Atheismus bekennt, darf sich der Kaiser doch zum Glauben bekehnen. (Lebh. Verfall im Zentrum und rechts.) Die Religion ist die stärkste Wehr gegen sozialdemokratische Verbrechen. Der Kaiser hat dem gläubigen polnischen Volke aus dem Herzen gesprochen. (Lebh. Beifall im Zentrum und rechts.)

Abg. Dr. v. Gehdebrand u. b. Lasa (Centr.):

Wir sind mit der Antwort des Reichskanzlers einverstanden. Die Interpellation ist eine Verabschiedung des religiösen und monarchischen Empfindens unseres Volkes. Wie lassen uns von einer Partei ohne Vaterland und ohne Nation nicht vorschreiben, was wir von Ansichten der Krone über unter Staatswesen und von unseren religiösen Überzeugungen an denken haben? (Sehr richtig! rechts!) Wir bedauern, daß die Sozialdemokratie einen Tag für Zar, Kaiser und Amt des Kaisers in den Staub ziehen darf. Wir haben der Einschränkung der Staatsräbbedienstbefreiung große Angst, daß die Sozialdemokratie Rücksicht auf den monarchisch denkenden Teil des Volkes nehmen werde. Unter stürmischer endloser Glorietter der Sozialdemokratie behauptet der Rektor, daß die Sozialdemokratie, die die Großgrundbesitzer, die Geistlichen und den König hinrichten beabsichtigt. (David rast: Wir sind für Abschaffung der Todesstrafe (Große Hitlerzeit) und rütteln obseam im beobachteten Tone die Frage an Bethmann-Hollweg: Hat nicht der Reichskanzler auch die Einschränkung, daß das Volk verhindert werden muss, wenn es sieht, daß die höchste Autorität in den Staub gezogen wird? Wie erwarten, daß Mittel ergriffen werden, die der Ernst der Lage erfordert. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Bassermann (natl.):

Zwischen der Situation von 1908 und der diesmaligen besteht allerdings ein großer Unterschied. Damals konnte man schwere Schädigungen der deutschen Interessen fürchten, heute handelt es sich nur um persönliche Missstimmungen des Monarchen, die getragen sind von hohem stützlichem Pflichtgefühl, tiefer Religiosität und Liebe zum Vaterland. Einzelne Meinerungen der Rede vertragen allerdings die Kritik, so die über die Frauenvrage. Auch die Beuroner Rebe können wir nicht als glücklich bezeichnen. Wir müssen daher wiederholen den Wunsch, daß der Kaiser sich möglichst keine Einschränkung auferlegen möge. Der Reichskanzler würde sich den Dank des Volkes verdienten, wenn er nach dieser Richtung in den Bahnen seines Vorgängers wandeln würde. (Bravo bei den Natl.)

Abg. v. Payer (Vpt.):

Die Neuerungen des Kaisers über das Gottessgnadentum stehen im Widerpruch zur Verfassung. Ein König von Gottes Gnaden hat die Grenze seines Willens nur in sich oder in Gott, der deutsche Kaiser aber hat die Grenze seines Willens in der Verfassung. Wir verlangen von dem Kaiser, daß er sich als konstitutioneller Fürst fühlt oder zum wenigsten den Unterschied zwischen seinem Fürst und dem des Volkes nicht immer öffentlich betont. (Sehr richtig!) Daß die Konservativen und das Zentrum sich nach den Kämpfen um die Wahlrechtsreform und die Reichsfinanzreform heute als allein verbliebene Kämpfer für die Rechte der Krone hinstellen, ist ja erklärlich. Mit der steigenden Zahl der Reden nimmt bekanntlich ihre Bedeutung ab, das trifft auch für den Kaiser zu. Möge der Reichskanzler uns davor bewahren, daß politische Kundgebungen des Kaisers als etwas alltägliches bewertet werden. (Bravo links.)

Abg. Dr. David (soz.):

Wir denken nicht daran, dem Kaiser zu verwehren, sich zum Christentum zu bekennen. Nach unserem Programm ist Religion Privatsache. Wenn der Kaiser eine Weltanschauung vertreibt, die vollkommen überzeugt erscheint von den Ergebnissen der kritischen Philosophie und der gesamten modernen Naturforschung, so ist das seine Sache und wenn er die Mächte des Mittelalters auffordert, den geistigen Kampf gegen das 20. Jahrhundert aufzunehmen, so kann man darüber nur resigniert lächeln. Sollt uns handeln es sich darum, daß der Kaiser aus seinen religiösen Grundanschauungen staatsrechtlich konsequenzen zieht, die im Gegensatz zur Verfassung stehen. Daß die Königsberger Rede keinen politischen Charakter trug, glauben die Herren ja selbst nicht. Die Presse der Konservativen und des Zentrums hat jedenfalls die politische Tendenz dieser Rede offen anerkannt. Was der Kaiser unter dem Befehlswort zum Gottessgnadentum versteht, hat er im goldenen Buch des deutschen Volkes, das zur Jahrhundertwende von der illustrierten Zeitung herausgegeben wurde, klar gezeigt. Er hat dort eingetragen

„Von Gottes Gnaden ist der König“ daher ist er auch nur dem Herrn allein verantwortlich. (Hört, hört! bei den Soz.) Er darf seinen Weg und sein Wirken nur unter dem Gesichtspunkt wählen. Diese furchtbare schwere Verantwortung, die der König für sein Volk trägt, gibt ihm auch das Recht auf treue Blütvitung seiner Untertanen.“ Wir sind nach der Verfassung keine Untertanen sondern freie Staatsbürger. Der Reichstag steht neben dem Bundesrat, neben dem Kaiser, nicht unter dem Kaiser. Die Kaiserkrone stammt nicht von Gottes Gnaden, sondern ist vom Parlament verliehen worden. Sie beruht auf einem Vertrag zwischen den deutschen Fürsten, ratifiziert von allen deutschen Landesvertretungen und dem norddeutschen Reichstag. Wenn man aber unter Gotteshandentum nur versteht, daß man das, was man von Macht hat, Gott verleiht, so ist von dem Standpunkt aus der Reichstag vor Gotteshandentum nicht mehr. (Sehr gut! bei den Soz.)

die Resultate der Nachwahlen auch Gottes Werk.

(Sehr gut b. d. Soz.) Bei der Eröffnung hat man auch bei den Blockreichtag als eine Fügung Gottes begrüßt. (Kurz b. d. Abg. Pauli.) Herr Kollege Pauli, wenn Sie verhindert werden durch einen Sozialdemokraten, müßten Sie als kommender Mann Gottes Hand darin erkennen und also sich schwer verständigt haben. (Heiterkeit.) Der Gegensatz zwischen den Abgeordneten des Alten und Neuen hat eine Schärfe erreicht, die leicht zu einer Katastrophe führen kann. Seit der Zusammenkunft des Kaisers und des Zaren in Potsdam mehren sich die konservativen Stimmen, die ein deutsches Bündnis zum Schutz der konservativen Weltanschauung fordern. Zur Erneuerung der heiligen Allianz fehlt nur noch der alte Franz Joseph, der aber die moderne Zeit begreift, wie er durch sein Eintreten für das allgemeine Wahlrecht bewiesen hat. Insfern übertrifft auch Fürst Bismarck die heutigen Konservativen weit an Einsicht in die Notwendigkeiten der Zeit. Bereitschend für die reaktionäre Strömung ist auch die Beuroner Rebe. Der Thron soll vom Altar Unterstüzung gegen die Demokratie erhalten, der orthodoxe Altar dagegen vom Stuhl Gottes gegen den Modernismus. Der dritte im Bunde ist dann, wie Herr v. Oldenbourg so schön sagt, das große Portemonnaie. (Hört und Sehr gut bei den Soz.) Die Empfehlungen selbstverständlicher Eingabe in die Reichsverfassung mehrten sich. So fordert der Reichskanzler den Reichstag auf, auf dem Wege des Staatsstreits durch kaiserliche Verordnung ein Oberhaupt einzuführen. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Reg. Rat Martin hat erzählt, daß der Reichskanzler an eine Änderung des Reichstagswahlrechts diente. (Auch Ausnahmegesetze war auch die Rede des Herrn v. Gehdebrand gestimmt.) Ich befürchte, daß die Sozialdemokratie den Kaiser bestimmt. Nur schräge Kritik wird von uns geliebt. Tagesegen erinnere ich an Ausdrücke wie Rottewill, Vaterlandslose Gesellen, die von der andern Seite gefallen sind. Das Recht der Gegenwehr lassen wir uns nicht nehmen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr v. Gehdebrand sprach zu dem Kanzler in einem Tone, als ob er einen Untergebenen Befehle ertheile, als ob er etwa zu ihm sagen wolle

„Du bist mein Instrument.“

(Gr. Hilt.). Der Reichskanzler nicht mit zu. (Kurz rechts: Es ist ja gar nicht im Hause!) Doch, Herr von Gehdebrand ist da. (Sturm, Hilt. und Sehr gut links.) In der heutigen Verhandlung ist vom Zentrum und den Konservativen allen weg gewichen, was in den Novemberberatungen errungen wurde. Mit ihrer Sammlungspolitik wird die Regierung zur Katastrophe kommen. Wir rufen dem gegenüber alle zur Sammlung auf, die für die gefundene Entwicklung unseres Volkes eine bessere Einsicht haben. (Bravo! b. d. Soz.) Den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit weisen wir zurück. Die Rechte macht das Vaterland lediglich zu einem Jagdgrund für die Privilegierten. Wir wollen es zur Kulturstätte für das ganze Volk machen. (Bravo bei den Sozialdemokraten.) Ich freue mich, daß die Fortschrittliche Volkspartei heute energische Töne gefunden hat. Es wird ihr Vorteil sein, wenn sie den Kampf für den Fortschritt der Nation an unserer Seite kämpft. Ich hoffe auch die Frauen werden sich die Königsberger Rede merken und werden auf unserer Seite fechten, wenn wir in den Kampf ziehen mit der Lösung: Des Volkes Wohl ist das oberste Gesetz. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. von Dirksen (Vpt.): Ein Gutes hat die Interpellation gehabt, das offene Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Republik und das offene Zusammengehen der Freisinnigen mit der Sozialdemokratie. Das werden wir uns für die Wahlen merken.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirsch. Vgg.) bestreitet, daß der Reichstag ein Recht habe, an den Reden des Kaisers Kritik zu üben, die lediglich eine Mahnung zur Einigkeit an das deutsche Volk enthielte.

Ein Antrag auf Schluß der Besprechung wird angenommen.

Es folgt die Interpellation der Freisinnigen darüber, ob die

Pensiondversicherung der Privatangestellten

noch in dieser Session zu erwarten sei.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Dr. Mugdan (Vpt.) erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück, daß die Vorlage gegenwärtig dem preußischen Ministerium vorliegt und dann an den Bundesrat gehen werde, er werde sich jedenfalls bemühen, die Angelegenheit umgehend zu bearbeiten.

In der Besprechung der Interpellation erklären sich die Abg. Dr. Drösser (Centr.), Macke (Ztr.), Liebermann von Sonnenberg (Antl.) und Linz (Vpt.) mit der Erklärung der Regierung einverstanden.

Abg. Robert Schmidt (Soz.): Ob die Vorlage noch in dieser Session kommt, hat der Staatssekretär garnicht gesagt. Wenn sie kommt, werden meine Freunde bemüht sein, nach Möglichkeit den Wünschen der Privatangestellten gerecht zu werden.

Nach weiterer kurzer Diskussion schließt die Besprechung.

Die Begründung der Interpellation über die Rechtschaffene Wohlfahrt wird vom Staatssekretär für die zweite Hälfte nächster Woche angelegt.

Nächst Sitzung Montag 2 Uhr. (Tagesordnung: Gesetz betreffend Schutz des Banknotenpapiers wegen Nachahmung. Beste Leistung der Schiffahrtsabgabben.)

Schluß 5/4 Uhr.

Der Moabitener Prozeß.

Berlin, den 26. November 1910.

Da Beginn der Sonnabend-Sitzung stellt Reichskanzler Moabit und noch einmal den Antrag, seinen kleinen Schuh aus der Haft zu entlassen, da seine Eltern sich bereit erklärt haben, ihn aufzunehmen. Die anderen Anwälte belohnen, daß dieselben Momente, die letzten für die Haftentlassung auch anderer Angeklagter brochen, auch heute noch vorlie

